

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltenen Pfeilteile oder deren Raum 35 Pg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pg., auswärtige Anzeigen 45 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gründere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 46.

Sonnabend, den 23. Februar 1918.

25. Jahrg.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

(Von unserem Berichterstatter.)

Die Ereignisse, die sich jetzt in Finnland abspielen, sind nicht mit einer einfachen Formel zu erklären. Sie sind das Ergebnis vieler durcheinanderlaufender gesellschaftlicher Kräfte: ökonomisch-sozialer, politischer und nationaler Interessen, Ideologien und Stimmungen. Wenn sie schon darum bis jetzt in ihrem Gesamtbild nicht übersichtlich sind, so muß der Fernerstehende obendrein gemahnt werden, die Darstellungen, die über Schweden in die europäische Presse gelangen, mit Misstrauen aufzunehmen. Sie sind alle besangen Klassentendenzen, nationale Vorurteile, nationalistische Wünsche und Hintergedanken geben in ihnen den Ton an.

Es scheint am nächsten zu liegen, im finnischen Bürgerkrieg einen einfachen Reiz des bolschewistischen Aufstandes zu sehen. Zusammenhänge zwischen den beiden Bewegungen bestehen zweifellos, aber die Wurzeln des finnischen Bürgerkrieges liegen tiefer und kein sozialer Boden ist sehr verschieden von dem der russischen Erhebung. Der Sieg der Bolschewiki war eine unmittelbare Folge des Weltkrieges und des von ihm hervorgerufenen Menschenelends, die Antwort der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernmassen auf das Regime der demokratischen Koalition, die weder den Frieden zu geben, noch die agrarische Revolution genügend rasch durchzuführen vermochte. Finnland jedoch war weder am Weltkrieg direkt beteiligt, noch gleichen seine Bodenbesitzprobleme den russischen. Aber auch seine sozialistische Bewegung ist unter ganz anderen Bedingungen erwachsen.

Sie war nicht in die konspiratorischen Bahnen gezwungen, die letzten Endes die Revolutionstatik des bolschewistischen Neu-Blanquismus erklären. Die finnische Sozialdemokratie hat in einem Lande, dessen Zivilisation sich an die hochentwickelte der skandinavischen Länder anlehnt und ihr in manchem nahekommt, trotz aller vom zaristischen Zentralismus bereiteten Hindernisse ein organisches Wachstum durchgemacht, das sich auf allen Gebieten mit dem der westeuropäischen Arbeiterbewegung messen darf. Sie vermochte schließlich eine Zeitlang die Mehrheit in der Wählerschaft und im Landtag auf ihre Seite zu bringen. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß hier eine kleine Zahl energischer, zielbewußter Köpfe den geschichtlichen oder — wie die Feinde der Bolschewiki sagen — den blinden und wilden Zanklanten einer dunklen ungeheuren Masse den Weg freimacht. Damit soll natürlich die Tatsache nicht in Abrede gestellt werden, daß auch in Finnland Gewalttaten verübt einzelner oder vom Wutrauch erfaßter Gruppen vorgekommen sind, die jeder menschlich Fühlende befallen wird. Über abgesehen davon, daß die verantwortlichen Organisationen der „Roten“ die größten Anstrengungen machen, um diese Handlungen zu verhindern, wird man die Händelei derjenigen zu würdigen wissen, die darüber ebenfalls Unterstützung zur Schau tragen, als sie für die ungeheure Menge der schuldlosen Opfer des Krieges und für den Gedanken einer finnischen Fortsetzung oder für das Hineinreichen neuer Länder in den Krieg Gleichgültigkeit bezeugen. Im Übrigen darf nicht übersehen werden, daß alle diese Berichte mit gehässiger Einseitigkeit angefertigt sind und an der Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit, die in Bürgerkriegen von jeher gerade bei der in ihrer Herrlichkeit gefährdeten Partei hervortritt, stillschweigend vorbeigehen. Der weiße Schrecken in Finnland aber gibt seinen Vorgängern in anderen Ländern nichts nach.

Der finnische Bürgerkrieg ist nicht das Produkt eines im geheimen vorbereiteten Putsches. Seit Monaten hat man in aller Offenheit auf beiden Seiten Waffen angehäuft, Kämpfer gedrillt, Propaganda im Land und Ausland betrieben, und auch an blutigen Geplündern hat es nicht gefehlt. Der Konflikt ist geboren worden, noch ehe die staatliche Unabhängigkeit Finlands proklamiert war, und er ist aus der gesichtlichen Situation entstanden, die die Wiedererstehung der staatlichen Selbständigkeit Finlands mit der politisch-sozialen Revolution des Reiches zusammenfielen ließ, an das es angegliedert gewesen war. Der Staat ist ein über einer Nation errichtetes, mit Zwangsmitteln wirkendes Herrschaftsinstitut. In Finnland aber wurde eine Nation plötzlich aus einem Herrschaftssystem herausgebrochen, ohne daß ein neuer Apparat der Herrschaft bereitgestanden hätte. Und die soziale Entwicklung des Landes war weit genug vorgeschritten, daß ein Kampf der Klassen um die Gestaltung und Besitznahme der neuen Staatsgewalt ausbrechen könnte — mit um so größerer Heftigkeit, als beide Parteien an Kraft und Selbstbewußtheit einander ungefähr gleich waren. Hätte ein Kompromiß geschlossen werden können? Wäre es wünschenswert gewesen und haben es vielleicht just manche unter denen, die heute als unversöhnliche Fanatiker ausgezeichnet werden, gewünscht? Sind Fehler begangen worden, haben Provokationen mitgespielt? Alle diese Fragen werden vielleicht einmal beantwortet werden können. Einstweilen ist die Tatsache des blutigen Ringens da, dessen Ausgang ein geschichtliches, aber kein moralisches Urteil sezen wird. In der Wit des Kämpfes beläuft man einander als „Huligans“ und als „Schlächtergarden“. Der Sinn des Streites steht über dem Wahrheitsbemühs für Justice.

Die Artikel der schwedischen Presse — bis zu rechtsozialistischen Blättern — könnten das europäische Publikum glauben machen, daß es sich jetzt um die finnische Unabhängigkeit handle, die von den Weißen Schützenkorps verteidigt, von den Roten Gardern aber an das bolschewistische Russland verraten würde, wie es eine gleiche Bezeichnung gegen die „Weißen“ wäre, die ja nötigenfalls auch gern freunde Hilfe empfangen möchten. Die finnische Sozialdemokratie hat im Kampf um die Unabhängigkeit Finlands ihren Mann gesstanden, wenngleich sie durch die Notwendigkeit, sich gleichzeitig gegen den Klassenegoismus der Besiedler zu Wehr zu setzen, mitunter gezwungen war, ihn in Formen auszufechten, die sich von denen des bürgerlichen Nationalismus stark unterscheiden. Als aber die russische Revolution die Möglichkeit gab, die staatliche Selbständigkeit Finlands zu erreichen, schritt die Sozialdemokratie, die damals im Landtag die Mehrheit hatte, entschlossen an ihre Durchführung. Und es war die finnische Bourgeoisie, die zur Hinterziehung des vom Landtag beschlossenen Gesetzes, das die gleichzeitige Versammlung zugleich zur Inhaberin der vollziehenden Gewalt machte, zusammen mit der russischen Koalitionsregierung eine Sabotagepolitik betrieb. Ohne den Sieg der Bolschewiki, der die bestreiten Klassen Finlands der Stütze gegen die radikalen Elemente verlor, hätte sich das Pathos des bürgerlichen Unabhängigkeitsstreites in wohltemperierten Maßen gehalten.

Der jetzige „Freiheitskampf“ ist — wenngleich der Haß gegen den kulturell unterlegenen russischen Unterdrücker natürlich eine Rolle darin spielt — vor allem dem Verlust entsprungen, die finnische Arbeiterschaft vom bolschewistischen Aspekt zu isolieren. Welche der beiden Parteien eigentlich die Offensive ergriffen hat, wird ja nach dem Parteistandpunkt verschieden beantwortet. Vielleicht darf man sagen, daß die Roten Gardern in letzter Stunde zu einer präventiven Offensive übergegangen sind, weil sie haben, daß die sich immer weiter nach rechts entwidelnde neue Regierung ihre gewaltsame Entwaffnung vorbereitet. Unter dem Gesichtspunkt der normalen bürgerlichen Ordnungsprinzipien kann sie sich damit rechtfertigen, daß das Land seit einigen Monaten die soziale Krise einer Jacquard durchmacht, worin uralter Haß einer mißhandelten Rasse durch das Gefüge eines modernen Emanzipationskampfes hindurchschwelt.

Und hier kommt das nationale Element zu einer kalten Geltung. Das finnische Volk — die städtische Entwicklung ist sehr jung — hat Jahrhunderte einer unangenehmen und blutigen Leidensgeschichte unter einer rücksichtslosen, blutsaugerischen und tyrannischen Herrenklasse durchgemacht. Und diese Herrenklasse besteht fast ganz aus Angehörigen eines Fremdvolkes: aus Schweden. Die Tragödie der Kleinvolker der südlichen Ostsee — die Verkneigung unter der baltischen Ritterschaft — hat hier ein durchaus ebenbürtiges Gegenstück. Mit dem Einzug der kapitalistischen Produktionsweise aber beginnt sich dieses Verhältnis auf neuen Gebieten zu reproduzieren. Die ökonomische Macht und der höhere kulturelle Glanz der schwedischen Bourgeoisie Finlands würden ihr in einer bürgerlichen Staatsordnung ein entscheidendes, den Aufstieg der finnischen Massen bedrohendes Gewicht geben, in einem von revolutionären Arbeitern und Kleinbauern diktatorisch beherrschten Staatsweisen geraten möglicherweise auch die im gegebenen Entwicklungsstadium des Landes nicht leicht erreichbaren sozialen Werte, die sie noch bejahten vermögen, in Gefahr. Es ist kein Zufall und keine Nebensache, daß auf Seite der bürgerlichen Regierung neben den schwedischen politischen und militärischen Führern wohl ein annehmlicher Bruchteil Finns der Besitzerklasse befindet, auf Seite der Roten aber so gut wie gar keine Schweden. Den Kern der „Weißen“ bilden außer den aus Deutschland heimgekehrten freimaurerischen finnischen Jägern schwedische und schwedenfreundliche Bürger und besitzende Bauern, die Roten Gardern bestehen aus städtischen und ländlichen Proletariern. Und der Schwede in Finnland ist höchst selten Proletarier. Die finnische Intelligenz, soweit sie sozialistisch ist, hat der Revolution leitende Köpfe zur Verfügung gestellt.

Zur Partei mit den ringenden Klänen gesellen sich also der Haß und die Verachtung, worin herrschende und beherrschte Nationen gegeneinander stehen. Diese Gefühle kann auch die aktivistische Propaganda, die jetzt in Schweden hochflutet, in Rechnung ziehen. Sicherlich wirken ökonomisch und politisch einflußreiche Kreise, Finanzkapitalisten, Schwerindustrie, Reeder, Militärs mit imperialistischen Spekulanten und Phantasten zusammen, um ein Eingreifen zu Gunsten der „weißen“ Partei in irgend einer Form zu bewirken. Wie stark die Suggestion ist, geht daraus hervor, daß sich zum Beispiel eine so ausgeprochene Friedensfeindschaft wie Elfen Feijen ihr nicht hat entziehen können. Man darf sich hierbei ironisch aller Delamination über die „Freiheit Finlands“ darüber nicht täuschen lassen, daß, soweit echte Solidaritätsgefühle im Spiele sind, sie schwedisch-nationalen Charakters sind. Bei allen Bereude über das finnische „Erdbeben“ ist es eine Tatsache, daß die Schweden in ihrer gro-

hen Mehrheit die Finnen für eine minderwertige Rasse halten und ihnen mit einer tiefen Antipathie gegenüberstehen. Der Aktivismus appelliert also an die nationalistischen Gefühle und daneben an die Angst der Besiedler, denen er vorspiegelt, daß der Bolschewismus Schweden verschlingen würde, sobald er sich erst einmal an der finnischen Grenze festgesetzt habe. Diejenigen Leute, die sich über die Teilnahme eines Teiles der russischen Soldaten in Finnland an der „roten“ Bewegung entrüstet, betonen sich also zur Interventionspolitik gegen die soziale Revolution im Ausland.

Die Erörterung der Absichten und Aussichten des schwedischen Aktivismus in seiner Unternehmung gegen Finnland würde indes über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen. Jedenfalls ist das eine nicht aus den Augen zu verlieren, daß die Guise des Augenblicks ihm einen fast ungünstigen Absatz der Herrscher gewährt, die vom finnischen Bürgerkrieg zu entwerfen in seinem Interesse liegt. Die „rote“ Bewegung ist nun einmal als „bolschewistisch“ gestempelt und damit ist das Urteil gegeben, das sie bei der bürgerlichen Presse der Kriegsführer und der neutralen Länder findet. Aber so vieles in der Entwicklung der revolutionären Ereignisse in Finnland noch der Aufschwung bedarf, so ist das doch sicher, daß es nicht angeht, die jetzt in Finnland etablierte Arbeiterschaft ohne weiteres mit dem bolschewistischen Diktatur gleichzusetzen. Jedenfalls hat sich die finnische Sozialdemokratie, die die politische Leitung der Revolution übernommen hat, bis zu deren Ausbruch keineswegs zu allen grundlegenden und taktischen Ausschüssen der russischen Volksbewegung bekannt, geschweige dem anarchistischen Terrorfertum gehuldigt, das man diesen unterstellt. Das Programm, das der Ministerpräsident Männer soeben in einem Interview formuliert hat, ist sicher das einer radikalen, auf die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft entschlossenen hinzuftreibenden Arbeiterschaft: Organisation des Konsums, Finanzreform zu Gunsten der Belegschaft, Alters- und Unfallversicherung, sozialistische Entwicklung des Volksschulwesens, Agrarreform zu Gunsten der Pächter gegen die Grundbesitzer, Staatskontrolle der Banken und damit des Handels- und Industrie Kapitals, allmäßliche Leberführung der Großbetriebe in den gesellschaftlichen Besitz. Aber man darf den erfahrenen Männern, die in der Revolutionsregierung sitzen, nicht die Vernunftlosigkeit zuschreiben, daß sie sich etwa einbilden, aus dem in seiner Produktionsweise noch so rückständigen Finnland im Handumdrehen einen kollektivistischen Musterstaat zu machen und durch eine in Permanenz etablierte Diktatur einen auf Freiheit gegründeten Kommunismus zu verwirklichen. Knapp vor dem Bürgerkrieg schrieb Geniose Sirola, der jetzt die auswärtigen Angelegenheiten der Arbeiterschaft leitet, im finnischen Zentralorgan eine Artikelserie, worin er sich im besonderen mit den Grenzen beschäftigte, die sich jede in einem geschichtlichen Augenblick organisierte revolutionäre Bewegung zu legen hat. Unter den Theien, die er da für die Gegenwart aussetzte, lautete die erste: „Wir haben nicht eine sozialistische Revolution zu machen und müssen in das Produktions- und Handelsverhältnis nur insoweit eingreifen, daß wir es in dem für den Lebensunterhalt des Volkes notwendigen Maß überwachen.“ Die dritte These lautete: „Man soll nicht handeln, daß das Proletariat ganz und gar isoliert ist... Keine Anarchie... Unverzichtlichkeit der Wohnung und der Person... Plünderungen und Raubwelle aller Art — ob reaktionär, provokatorisch oder anarchistisch — müssen mit aller Kraft bekämpft werden.“

Es scheint, daß der Sturm der Begebenheiten auch die Führer der finnischen Sozialdemokratie über ihre ursprünglichen taktischen Stellungen hinausgerissen hat. Vielleicht werden sie in dem Kampfe, den sie nicht gewusst haben, unterliegen. Über die sozialistischen Arbeiter aller Länder, welche auch ihre Richtung hin mag, sollten sich hütten, dem Chef der Schmähungen und Verleumdungen Glauben zu schenken, der noch keine Revolution der unterdrückten Massenwelt schont hat.

Bewegte Reichstagsbildung.

Der Reichstag beschloß am Freitag zunächst mit dem schleunigen Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten auf Auflösung des Abg. Dittmann. Diese Sache ging nicht ganz so schnell, als man zuerst gedacht hatte und schuld daran war Herr Baasche oder diejenigen, die ihn vertraktiert hatten, der Debatte eine Bemerkung vorauszusetzen, die von maßgeblichen Tendenzen nicht frei war. Es legte folglich eine lebhafte Geschäftsaufnahmesdebatte ein, deren Charakter Herr Baasche durch erregte Unterbrechungen, Räusen und Faultheite auf den Präsidentenstuhl noch verschärfte. Natürlich behielt er mit seiner Aussicht, daß das Urteil zwar erwahnt, aber in dieser Debatte nicht kritisirt werden dürfe, bei der Mehrheit recht. In der tatsächlichen Debatte wurde der Unabhängige Herzfeld auch zweimal wegen seiner

Warm und still war die Luft. Daheim legte ich mich gleich mit meinem Kinder schlafen, denn das Gaslicht dämmerte wieder mal eine Nachkompfe.

Fern rostet ein Frühzug und irgendwo schlägt eine Haushüt trudend zu. Es schlägt fünf. Ich ziehe die Vorhänge auf und öffne das Fenster und schüsse schnell unter die Decke zurück und warte. Da klettert mein Töchterchen glücklich zu mir. Welche Freude, daß sie mit Mutter sprechen kann, ehe sie fortlaufen muß zur Arbeit! Mein Kind schläft jeden Abend mit dem festen Vorhang ein, reißt früh aufzustehen. Jetzt schmiegt es sich, hilf schlummernd, an mich, fährt aber geschwind wieder hoch. „Klettert i!“ und noch einmal „Klettert i!“ flüngt es durch die dunkle Stille drausen. Dann liegt es den Kopf mit dem weißen Blondhaar an meine Wange und flüstert, etwas erhaben über so viel menschlichen Irrtum: „Die glauben gewiß, daß der Hahn Eier legt, sonst hätten sie ihn schon geschlachtet.“

Einige Fenster werden hell. Verwirrtes Geräusch von fernnen Schritten schallt heraus. Um diese Zeit kamen sonst — vor Jahren — die warmen Rundstüde und die frische Milch. Jetzt würde man eilig eine dünn Kaffeesuppe und ist eine genau abgezufette Schnitte Brot dazu. Ich sehe, wie Frauen und Männer aus Türen und dunklen Gängen herausstretten, Essentöpfe in den Händen. Sie hängen müde die Köpfe und treten unsicher und schwierig durch die dunklen, schwüten Straßen. Kühlen sie nicht, denken sie nicht? Heftiger läuft der Wind um die Ecke.

Ja, ihre hämmernden Gedanken zerrten an dem schwarzen Vorhang, der die Zukunft verbirgt. Werden sie zurückfinden, unsre Vermüthen, können sie genesen, alle die Wunden, wer kann sie eszeugen, alle die Gefallen? Ist die Erhaltung unsres Daheins, dieses armesten, solche Opfer wert? Mügte es sein, und noch immer —

Ich schaue hinunter wie in einen schwarz gähnenden Schlund.immer mehr zieht hinaus. Dunkel und schwer, in einem unbewußten Laufe wanzen sie hin, wie ein grauer Leichenzug. Rollen sie den Tag begraben, ehe er aufsteht? Aufgeragt, in wichtigen Stößen fährt ihnen der Föhn in den Rücken, als wollte er sie vorwärts zwingen. Die Bäume wollen sich neigen, winden aber widerwillig mit den schiefen Asten. Mich schaudert und ich schaue das Fenster. Aber ich werde die Strophen nicht los:

Einst bricht der Sturm das morsche Eis,
dann steigen die Opfer empor vom Grund:
Die Helden alle, die niemand weiß!
Und jedes Toten vermodter Mund
wie lächelnd nach Hölle blickt —
und tausend Lebeweide wachsen.

Schnell — schnell! Essen für mein Schulmädel hinzustellt, ein hastiger Abschied; und dann trockt auch ich in das wirbelnde Arbeitsleben der Großstadt.

Und trage wie schwere Mutterlast in mir das Zögeln vor dem kommenden Sturm und die Gewissheit des endlichen Frühlings...

Ein verlustiger Gebanke.

Die Baubehörde hat empfohlen, zur Förderung des Obstbaues an mehreren Landstrichen und Wege im Südböhmischen Staatsgebiet Obstbäume anzupflanzen. Nach dem vorgelegten Kostenanschlag sind 4821 Obstbäume erforderlich. Die Kosten der Anschaffung und Planung der Bäume sind auf Mf. 23 000 und die der jährlichen Unterhaltung auf Mf. 2900, die Einnahmen aus den Erträgen dagegen auf Mf. 17 522 jährlich veranschlagt. Da während der Kriegszeit die Pflanzungen mit den zur Versorgung stehenden Arbeitskräften nicht auszuführen sind, hat die Baubehörde beantragt, ihr für den Ankauf und die Einschulung der Bäume, die möglichst bald geschehen müßte, vorerst den Betrag von Mf. 12 000 zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen, und beschließt daher, zur Würgebung der Bürgerschaft zu stellen: daß der Baubehörde zum Ankauf und zur Einschulung von Obstbäumen der Betrag von Mf. 12 000 zur Verfügung gestellt werde.

Wie schon berichtet, befürwortete der Bürgerausschuß diese Vorlage, die wir nur auf das wärmste begrüßen können. Wir halten es allerding für selbstverständlich, daß die Erträge dieser Obstbäume nicht verpachtet, sondern vom Staat selbst für seine Einwohner sicher gestellt werden. Denn sonst hat die Bürgerschaft doch kaum einen Nutzen davon.

Zur Hebung der Wohnungsknot.

In der letzten Bürgerausschusssitzung wurde ein Senatsantrag überreicht, nach welchem der Behörde für Wohnungspflege zur lebenswerten Hergabe von Mitteln für die Einrichtung von Wohnungen in zur Zeit leerstehenden, bisher nicht zu Wohnzwecken benutzten Räumen privater Gebäude ein Betrag von 20 000 Mf. aus den zu „Kriegszwecken“ zur Verfügung gestellten Mitteln bewilligt werde. Der Bürgerausschuß stimmte diesem Antrage zu. Eine Frage: Sicherst du die Behörde in solchen Fällen nun auch ein Mietsbestimmungsrecht über die Höhe der Mieten?

Das Brückengeld.

Bekanntlich hat sich die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion stets gegen die Erhebung von Brückengeld gewandt und es trotzdem eingeführt wurde, immer wurde auf die Beseitigung dieses mittelalterlichen Zustandes hingewirkt. Nun wird, wenn die Bürgerschaft zusammensetzt am 1. April d. J., das Brückengeld für Fußgänger über die Herrenbrücke aufgehoben werden, nachdem der Bürgerausschuß sich tatsächlich dafür erklart hat. Dagegen soll für den Automobil- und Wagerverkehr auch fernerhin ein Brückengeld erhoben werden und zwar für ein einspänniges Fuhrwerk 15 Pf., zweispänniges 25 Pf., dreispänniges 35 Pf., vierspänniges 45 Pf. und für einen Kraftwagen 50 Pf. Wir sind der Meinung, daß man auch ruhig mit diesem alten Zopf brechen könnte. Denn in der Hauptstadt dürften es doch wieder Fuhrwerke sein, die die Brücke benutzen; und deren Besitzer eben fragen schon durch ihre Steuerabgaben mit zur Erhaltung der Brücke bei: die rund 9000 Mf., die dadurch der Stadtkasse verloren gehen, machen den Kost auch nicht feit.

Es ist nichts so dum, es findet doch kein Publikum! Im heutigen Amtsblatt finden wir folgende Wolff-Notiz aus Amsterdam:

„Die „Northshire Post“ verbreitet folgende Zentral-Newsmeldung aus Washington: William Churchill, der Chef der irredurchlichen Publicationsabteilung erklärte in der Pressekommission des Abgeordnetenhauses, die Qualität des deutschen Volkes gegen seine Regierung werde schrittweise durch die Propaganda, die die Vereinigten Staaten im Verein mit Frankreich betrieben haben, untergraben. Größere und besser organisierte Streiks seien für den 1. Mai für ganz Deutschland anberaumt.“

Und der weise Solle, der den Redakteur im Amtsblatt nimmt, bemerkt dazu:

„Nun schlägt Dreizehn! Wenn die Sache nicht so ernst wäre, wäre man versucht, eine Satire zu schreiben.“

In der Tat! Auch wir möchten eine Satire darüber schreiben, mit welchen plumpen Mitteln man Stimmungsmache betreibt und wie sich heute noch immer Zeitungen finden, die ihren Lesern sollten ausgelegten Schwund ausdrücken. Aber wir wollen es aus guten Gründen bleiben lassen!

10 Cts. Das dürfen im Monat März verbraucht werden

Zur Sicherung der Wohnungssnappe erachtet die Behörde für Wohnungspflege die Inhaber größerer, nicht völlig in Anspruch genommener Wohnungen, einen Teil dieser Räume unentwegt zu vermieten. Das Näherte vermittelte die genannte Behörde. (Siehe Tafelat.)

Schachzettel des Neuen und Mittleren Reichsverbandes der Kaufleute Südbad. Das vergessene Jahr stand unter dem Zeichen des weiteren wachsenden Kriegserfolges. Der Weltkrieg

Der amtliche Kriegsbericht.

Deutscher Kriegsschauplatz.

In England sind unsere Truppen im Vordringen nach Osten.

In Russland wurde Wall besiegt.

In der Ukraine haben die südlich von Luck vorgehenden Truppen Dubno erreicht. Im übrigen nehmen die Operationen ihren Fortgang.

Die Zahl der eingebrochenen Gefangenen hat sich um 2 Generale

12 Oberste, 432 Offiziere und 8770 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Kudendorf.

weiter. Die Produktion, besonders im Braugewerbe, erfuhr einen weiteren Rückgang. Das Braucontingent wurde abermals herabgesetzt. Die Folge davon war, daß die Brauereien dazu übergingen, nach Ernahmestoffen zu greifen resp. das Bier zu strecken. Die vom Reichsamt des Innern angeordnete Zusammenlegung der einzelnen Brauereien, welche in Interessenstreitigkeiten berechtigte Entrüstung verursachte, kam bis zum Jahresende nicht zur Ausführung. Somit die Mühlen in Frage kommen, hatten dieselben in Folge von Aufrägen für die Militär- und Kommunalbehörden ausreichende Beschäftigung, doch traten auch hier einzelne Stödungspérioden ein. Wir konnten unsere Mitgliederzahl des Vorjahrs nicht nur halten, sondern hatten am Schlusse des Berichtsjahrs noch eine kleine Zunahme zu verzeichnen, was angesichts dieser Verhältnisse besonders ermutigend sei. Die Flutigung war eine rege und hatte ihre Ursache in den Einberufungen. Insgesamt waren seit Kriegsausbruch zum Heeresdienst 145 verheiratete und 43 ledige Mitglieder eingezogen, von denen 11 verheiratete und 4 ledige Mitglieder gefallen resp. an ihren erhaltenen Verletzungen erlagen sind. Neuaufnahmen hatten wir 43 zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 137 männliche und 25 weibliche. Die Jahresentnahme für die Hauptpost ergab 4514 Mf., die Ausgabe 3120 Mf. Der Lokalfeststellungsanteil war am Jahresende 1210,32 Mf. Unter den Ausgaben befanden sich 3072,80 Mf. welche für Krankenunterstützung und für Unterstützung von Familienangehörigen der zum Heeresdienst eingezogenen Mitgliedern verausgabt wurden. In Versammlungen fanden eine General- und acht Mitgliederversammlungen statt. Die Ernährungsverhältnisse, unter welchen die Arbeiter in erster Linie schon im Vorjahr zu leiden hatten, waren im Berichtsjahr unholbare geworden. Das Steigen der Preise für alle wichtigen Bedarfsartikel veranlaßte die Zahlstellenverwaltung, an die Unternehmer heranzutreten betreffs Erhöhung der Teuerungszulage. Nach stützgefundenen Verhandlungen wurde von den hier Lagerbierbrauereien für 76 männliche Beschäftigte 5 Mark Lohn und 6,50 Mf. Teuerungszulage pro Woche und für 14 weibliche Beschäftigte 12 Pf. pro Stunde gewährt. Mit der Radeburger Aktienbrauerei und mit der Brauerei zum Galenstiegel, Mollen, wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Es erhielten alle männlichen Beschäftigten eine mögliche Lohnzusage von 6,50 Mf. und die weiblichen Beschäftigten eine Stundenlohnzusage um 10 resp. 17 Pf. Die Arbeitszeit, welche im Sommerhalbjahr noch 10 Stunden betrug, wurde auf 9½ Stunden herabgesetzt. Auf eine weitere Eingabe an genannte Betriebe erhalten sämtliche Beschäftigte eine Teuerungszulage von 2,50 Mf. pro Woche. Soweit wir in den Mühlen feststellen konnten, betrug die Teuerungszulage in den einzelnen Betrieben zwischen 2,50 und 4 Mark pro Woche. Zu größeren Differenzen kam es im Berichtsjahr nicht. Kleinere wurden durch Vermittlung des Befreiungsanteiles „Vorzeilen“ enthalten. Abgesetzt war sie an einen Einwohner in Kötledt. Die zweite trug die Bezeichnung „Altes Packpapier“ und sollte nach Langenfelde befördert werden. Durch den Befreiungsanteil fiel die Schwere der Kisten auf und sie wollten sich deshalb einmal das kostbare Vorzeilen und das Packpapier näher ansehen. Man schritt deshalb zur Uebung der Kisten und siehe da: das Vorzeilen hatte sich in Schinken, Kohl u. verwandelt, während sich das alte Packpapier in Käse verschiedener Sorten verwandelt hatte. Die kostbaren Lebensmittel wurden beschlagnahmt.

Gernet — und das ist die wichtigste Aufgabe — ist es Pflicht jedes einzelnen, das Schuhwerk möglichst bald, sobald die Sohle dünn wird, den Schuhmacher zur Beführung zu übergeben. Dadurch erspart der Besitzer Geld, erhält sich das jetzt unerlässliche Schuhwerk, und hat auch die Gewähr, daß die Reparatur auf bester Weise erfolgen kann. Die Kriegshilfe hat einen großen Vorrat an Sohlen, Schuhsohlen, und Schuhbeschlägen u. dergl. auf Lager und wird ihnen vorzüglich einen allgemeinen Verkauf zu Günstigenpreisen vornehmen und wird auf das Nahere hinzuweisen in diesen Blätter hingewiesen.

Stadttheater-Spielplan. Sonntag: Carmen. Montag: Konzert. Dienstag: Weh dem, der läugt. Schauspielgesellschaft (gelbe Karten). Mittwoch: Garbadur. Donnerstag: Salzspiel von Mirjam Horwitz und Otto Siegel (Schauspielhaus Hamburg). Freitag: Freitag: Carmen. Sonnabend: (wie Donnerstag). Sonntag: Liebestand.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Allgemein geäußerten Wünschen Rechnung tragend bringt die Direktion am Sonntag a. a. b. die hier so gern gesuchte Operette „Die Försterchrist“ wieder zur Aufführung und läßt dieselbe am Montag und Mittwoch kommender Woche wiederholen. Sonntag nachmittag 3 Uhr wird als Kinder-Berührung „Max und Moritz“ eine lustige Bubenstücke gegeben. Ferner machen wir noch auf die am Dienstag stattfindende Aufführung von „Der lustige Bergabend“ aufmerksam. Am Schauspiel wird zu Donnerstag, d. 28. d. März, Dreiens „Die Siebzehnjährigen“ vorbereitet und Sonnabend, d. 2. März, wiederholt. Am Freitag, d. 1. März, findet ein Volks-Mauerhüllfest statt, bei welchem durch Mitglieder des Hansa-Theaters die beliebte Posse „Monteur Hercules“ aufgeführt wird.

Niel. Überfallener Polizeibeamter. Der Attentat auf Kommissär Klein Schmidt hierbei wurde in der Mittwochnacht von drei Leuten in Marinuniformen, die einen schweren Rucksack trugen und von ihm als verdächtig beobachtet wurden, überfallen und zu Boden getragen. Der Beamte, der eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, wurde behausungslos aufgefunden und vermag genau Angaben über den Vorfall, bei dem auch Schüsse gefallen sein sollen, noch nicht zu machen. Die Täter sind unterkannt entkommen.

Bramfeld. Die glücklichen Bramfelder. Seit den gewöhnlichen Deutschen ist es bekanntlich nicht ganz leicht, sich selbst und seine Wäsche sauber zu halten, d. h. natürlich nicht kriegsersatzstein zu waschen. Da sind die Bramfelder doch besser dran. Zur Zeit, da uns das Seifenpulver um die Hälfte gekostet, teilt die Bramfelder Seifenpulver um die Hälfte gekostet. Zum Beispiel, seitdem das Seifenpulver um die Hälfte gekostet, teilt die Bramfelder Seife ohne Marke verkauft wird. Liegt Bramfeld nicht in Deutschland oder gelten die Bestimmungen über die Verteilung von Seife und Seifenpulver nicht für die Bramfelder? Es scheint fast, als nahme man es dort nicht so ganz genau mit der Befolgung der Verordnungen, denn fürstlich erst gab die Ortsbehörde Bader im Verbunde mit dem bekannten „guten“ Kaffee-Ersatz ab, obwohl nach Ansicht des Kriegerernährungsamtes die verbandswise Abgabe von Waren den Gemeindebehörden bei innerlich verchiedenen Warengeträgen nicht erlaubt ist. Vermischlich wird auch in diesem Falle die Seifen-Herstellung und Verteilungsgesellschaft den Bramfeldern die Freude am Washtag verderben.

Borresholm. Ertrunken. Der achtjährige Sohn des Bahnarbeiters Graselamp vergnügte sich mit anderen Knaben mit Schiffsfahren auf dem morastigen See des Sees. Dabei brach er ein und ertrank. Der Vater steht im Felde. Um ein Haar wären drei weitere kleine Kinder ertrunken.

Gießelsdorf. Eine seltsame Verwirrung. Auf dem kleinen Bahnhof lagerten zwei schwere Kisten. Die eine war mit 500 Mark Nachnahme bewertet und sollte nach der Inhaltsangabe „Vorzeilen“ enthalten. Abgesetzt war sie an einen Einwohner in Kötledt. Die zweite trug die Bezeichnung „Altes Packpapier“ und sollte nach Langenfelde befördert werden. Durch den Befreiungsanteil fiel die Schwere der Kisten auf und sie wollten sich deshalb einmal das kostbare Vorzeilen und das Packpapier näher ansehen. Man schritt deshalb zur Uebung der Kisten und siehe da: das Vorzeilen hatte sich in Schinken, Kohl u. verwandelt, während sich das alte Packpapier in Käse verschiedener Sorten verwandelt hatte. Die kostbaren Lebensmittel wurden beschlagnahmt.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Weh dem, der läugt“. Lustspiel von Franz Grillparzer. (Vorstellung für die Lübecker Schauspielgemeinde.) Es liegt ein freier Raum in diesem Lustspiel. Der Bischof Gregor, der den Küchenjungen Leon bewahren möchte, in seinem Leben eine Lüge zu begehen und der doch schließlich zu der Erkenntnis kommen muß, daß das Vertrauen der älteren Gewalt nicht ausreicht, um ein schwieriges Werk zu errichten, fordert daß auch hier „a bissel Lüg und a bissel Fallichkeit“ dabei seien. Und es hat wohl so sollen sein, daß dieses Stück gerade jetzt aufgeführt wird, wo diejenigen, die in Befolgung des Wortes „Lüg“ immer Frau und Freidlichkeit handeln, ihres Leibes Rotdurft mit dem besten Willen nicht befreidigen können.

Die Figuren, die Grillparzer in seinem Stück geschaffen hat, sind dem Leben entnommen. Allen voran steht Leon, dieser prächtige, urwollige und doch — wenn's sein muß — so läufige Bursche Herr Steinbock, dem diese Rolle wie auf den Leib zugeschnitten ist, verkörperte sie in glänzender Weise. Ihm stand Edler Erler als Edler, Tochter des Grafen Katzwald, würdig Packpapier und sollte nach Langenfelde befördert werden. Durch den Befreiungsanteil fiel die Schwere der Kisten auf und sie wollten sich deshalb einmal das kostbare Vorzeilen und das Packpapier näher ansehen. Man schritt deshalb zur Uebung der Kisten und siehe da: das Vorzeilen hatte sich in Schinken, Kohl u. verwandelt, während sich das alte Packpapier in Käse verschiedener Sorten verwandelt hatte. Die kostbaren Lebensmittel wurden beschlagnahmt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. Februar. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 18 900 Brutto-Rегистertonnen. Unter den versunkenen Schiffen befand sich ein großer Dampfer von über 10 000 Brutto-Rегистertonnen vom Aussehen des englischen Dampfers „Drama“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Basel, 22. Februar. Nach einer Meldung des „Secolo“ wurden für die neue Alliierten-Konferenz, auf der die Griechen bestimmen werden, neue Verträge festgelegt werden sollen, die Vollmachten des rumänischen Vertreters prüfungsgemacht. England hat, wie das „Globe de Paris“ berichtet, aus der neuen Lage bereits die Konsequenzen gezogen. In der Grafschaft London wurde mit der Bekämpfung der rumänischen Staatsangehörigen begonnen. — Man rechnet, wie die „Times“ aus Athen hört, mit der Möglichkeit eines Ultimatums der Mittelmächte an Griechenland, sobald der Frieden mit Rumänien unterzeichnet ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Zeitung: 2. S. Schwarz. Druck: Frieder. Meyer & Co.

Ausgabe von Zusatzbrotkarten für die arbeitende Bevölkerung.

1. Für die Zeit vom 2. März 1918 bis 5. April 1918 werden Zusatzbrotkarten für die arbeitende Bevölkerung nach den Bestimmungen des Polizeiamts vom 22. August 1917 ausgegeben und zwar:

- a) für Schwerarbeiter solche über 500 Gramm Brot wöchentlich.
- b) für Kinderschwerarbeiter solche über 400 Gramm Brot wöchentlich.

2. Die Zusatzbrotkarten über 500 Gramm Brot werden unter Vorlegung der gelben Arbeitgeberbescheinigung ausgegeben an die Verbraucher, deren Familiennamen anfangt mit den Buchstaben A bis F am

Dienstag, dem 28. Februar 1918 von 9—1 Uhr vorm. mit den Buchstaben G bis K am

Mittwoch, dem 27. Februar 1918 von 4—8 Uhr nachm. mit den Buchstaben L bis R am

Donnerstag, dem 28. Februar 1918 den üblichen Geschäftsstunden mit den Buchstaben S bis Z am

Freitag, dem 1. März 1918 und zwar:

- a) für die innere Stadt in den Geschäftsräumen des Polizeiamtes Mengstraße 6, I.
- b) für die Vorstadt St. Lorenz in der Polizeiwache St. Lorenz, Hansastrasse,

c) für die Vorstadt St. Gertrud in der Polizeiwache St. Gertrud,

d) für die Vorstadt St. Jürgen in der Polizeiwache St. Jürgen, Rothenburger Allee,

e) für Travemünde in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,

f) für das übrige Gingemeindungsgebiet bei den Polizeistationen,

g) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

3. Die Zusatzbrotkarten über 400 Gramm Brot werden unter Vorlegung der grauen Arbeitgeberbescheinigung ausgegeben an die Verbraucher, deren Familiennamen anfangt mit den Buchstaben A bis L am

Dienstag, dem 28. Februar 1918 von 9—1 Uhr vorm. und 4—8 Uhr nachm. mit den Buchstaben M bis Z am

Mittwoch, dem 27. Februar 1918 im Gingemeindungs- und Landgebiet in den Geschäftsstunden und zwar:

- a) für die Brotdienstbezirke 1 und 2 (Natalis und Marien-Magdalenen-Quartier) in der Kanalwache,
- b) für die Brotdienstbezirke 3 und 4 (Marien- und Johanniskwartier) in der Domhofwache, Domkirchhof 5,

c) für die Brotdienstbezirke 5 und 6 (Vorstadt St. Jürgen in der Gastwirtschaft „Zur Hoffnung“, Gütertor-Allee 2a,

d) für die Brotdienstbezirke 7 und 8 (St. Lorenz-Süd) im Gaithof „Zum Reiterking“, Holzlinger Allee 18,

e) für den Brotdienstbezirk 9 (St. Lorenz III) in der Gastwirtschaft von Löffelmann, Hafenburger Allee 38,

f) für die Brotdienstbezirke 10 und 11 (St. Lorenz-Nord IV und V) in der Schankwirtschaft von Wiede, Waisenholzstraße 25,

g) für die Vorstadt St. Gertrud im Bürgerverein, Königstr. 25,

h) für Travemünde in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,

i) für das übrige Gingemeindungsgebiet bei den Polizeistationen,

j) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

4. Die Zusatzbrotkarten werden nur an den vorliegend unter 2 und 3 genannten Seiten ausgegeben.

5. Die Fortdauer der Arbeit ist von demselben Arbeitgeber unter erneutem Besdruck des Firmen- oder Dienstnamens neben Namensunterstrich zu becheinigen. Bei einem Wechsel des Arbeitgebers verliert die Bescheinigung ihre Gültigkeit.

6. Die Abholung der Karten darf nicht durch Städte unter 12 Jahren geschehen.

7. Bei Steilung des Antrages auf Bewilligung einer Zusatzbrotkarte ist das mit Namen des Antragstellers versehene Bebaublatt-Kartenheft vorzulegen.

Lübeck, den 22. Februar 1918. (765)

Das Polizeiamt.

Warenausgabe

in der Woche vom 25. Februar bis 3. März 1918.

1. Auf die Bezugskarten des Lebensmittelabteilung nach der Lebensmittelkarte.

Brot: 800 Gramm 14.—30 Gramm Butter zum 30 Pf.

Speckfett: 14.—30 . Margarine zum 30 Pf.

Butter: 19.—28 je 125 Gramm Butter.

Wurstwaren: 16.—100 Gramm Schinken (Kopfspeck zum 30 Pf.)

Frühstücksmittel: 15.—200 Gramm Butter zum 30 Pf.

Getreide: 27.—250 Gramm Butter zum 30 Pf.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelabteilung nach der Lebensmittelkarte.

2. Auf die Brotbezeichnungskarte für Brotverkäufer vom 25. Februar bis 3. März 1918.

Ganz Brotmenge wie bei der Bezugskarte.

Halbe: 15 Gramm Butterbrot, 20 Gramm Margarine, 75 Gramm Butter, 50 Gramm Schinken, 100 Gramm Wurstmehl.

3. Brot zu 10 Pf. auf der Rückseite der Karte angezeigt werden kann zu entnehmen.

4. Auf die Bezugskarte für Schwerarbeiter Brotkarte am 25. Februar für einen Wochen, die bei einer Tagesmenge 10 Pfennig je 250 Gramm Beute zum 30 Pf.

5. Auf die Bezugskarte für Kinderarbeiter Brotkarte am 25. Februar für einen Wochen, die bei einer Tagesmenge 10 Pfennig je 250 Gramm Beute zum 30 Pf.

6. Auf die Bezugskarte für Kinderschwerarbeiter Brotkarte am 25. Februar für einen Wochen, die bei einer Tagesmenge 10 Pfennig je 250 Gramm Beute zum 30 Pf.

7. Auf die Bezugskarte für Kinderschwerarbeiter Brotkarte am 25. Februar für einen Wochen, die bei einer Tagesmenge 10 Pfennig je 250 Gramm Beute zum 30 Pf.

8. Auf die Bezugskarte für Kinderschwerarbeiter Brotkarte am 25. Februar für einen Wochen, die bei einer Tagesmenge 10 Pfennig je 250 Gramm Beute zum 30 Pf.

9. Auf die Bezugskarte für Kinderschwerarbeiter Brotkarte am 25. Februar für einen Wochen, die bei einer Tagesmenge 10 Pfennig je 250 Gramm Beute zum 30 Pf.

10. Auf die Bezugskarte für Kinderschwerarbeiter Brotkarte am 25. Februar für einen Wochen, die bei einer Tagesmenge 10 Pfennig je 250 Gramm Beute zum 30 Pf.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 25. Februar bis 3. März 1918 werden 250 gr Rindfleisch oder 500 gr Frischwurst oder 250 gr anääracherte oder 200 gr Dauerwurst, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben.

Lübeck, den 22. Februar 1918. (757)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 25. Februar bis 3. März können Personen im Alter von über 70 Jahren gegen Abgabe einer entsprechenden Anzahl Abschnitte der Brotkarte Bezugsausweise

für 1 Pfund Zwieback

in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, während der Zeit von 9—1 und 3—5 Uhr erhalten.

Geburtsausweis und Brotkarte sind vorzulegen.

Lübeck, den 22. Februar 1918. (754)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I. Vom 25. Februar bis 3. März ds. Jrs. dürfen auf Abschnitt 22 der gelben Kartoffelkarte 7 Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 22. Februar 1918. (755)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 5, Abfälle 1 und 2 frei gegebene Monatsmenge beträgt für den März 1918: 40 cbm.

Lübeck, den 22. Februar 1918. (756)

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung.

Der zurzeit herrschenden Wohnungsnäppigkeit könnte zum Teil dadurch abgeholfen werden, daß Inhaber von solchen Wohnungen, deren Raumzahl weit über das Bedürfnis der Wohnungsinhaber hinausgeht, einen Teil dieser Räume an andere vermieten. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Unterbringung einzelner Frauen oder einzelner Ehepaare und ähnlicher kleiner Haushaltungen.

Die Behörde für Wohnungspflege erlaubt daher Wohnungsinhaber, die geneigt sind, von ihren Wohnungen Teile an andere abzutreten, dies dem Wohnungsnachweis Mengstraße 28, I, mitzuteilen. Es würde dann zuerst werden, geeignete Abmiete nachzuweisen.

Lübeck, den 22. Februar 1918. (758)

Die Behörde für Wohnungspflege.

Heute morgen 4 Uhr starb unser lieber Vaier, Schwieger- und Großvater, der frühere Schuhmachermeister

Friedrich Ritter

aus Büttow

im fast vollendeten 84. Lebensjahr.

Tief betrünt von den Seinen.

Julius Ahrens und Frau, geb. Ritter.

Fritz Ritter u. Frau, geb. Köster, Hamburg.

Ernst Ritter u. Frau, geb. Krüger, zzt Amerika.

Lübeck, den 22. Februar 1918.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 27. Februar 1918, nachts um 5 Uhr, in der Kapelle des St.-Jürgen-Friedhofs statt.

6-Familienhaus

Bordenstraße, 28 500 M.

bei ca. 5000 M. Einzugsgeb.

Räume meist frei.

Nähere: Ludwig Malzahn,

Schulstraße 8. (766)

7-Familienhaus

Wittenberghaus, mit Hof u.

1. Garten, entw. je 2 Zug.

mit Küche, 11/40 M.

Nähere: Ludwig Malzahn,

Schulstraße 8. (767)

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche

Versammlung

am Dienstag, dem 26. Februar 1918

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Abrechnung für 1917.

2. Bericht vom Gewerkschaftskartell.

3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich.

751

Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Sonntag, 24. Februar, abends 7 Uhr, auf allgem. Wunsch:

Die Förster-Christel.

Operette in 8 Akten von Georg Jarno.

Nachm. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Preise.

Max und Moritz.

Eine lustige Babengeschichte. (742)

Montag, den 25. Februar, abends 7 Uhr:

Die Förster-Christel.

Seefahrer - Zusatzkasse

kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
früher eingeschriebene Hilfskasse Nr. 16.

Ordentliche General - Versammlung

Sonntag, den 24. Februar 1918, nachmittags 4 Uhr,

bei Herrn Järs, Engelsgasse 59.

Z.O.: 1. Abrechnung. 2. Maßnahmen. 3. Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 und 26 des Status besonders aufmerksam.

748

Der Vorstand.

</div

Nur ruhig Blut!

Hiesige bürgerliche Blätter bringen folgende Meldung aus Berlin:

"Nachdem sich während des Waffenstillstandes die bis dahin undurchdringliche Mauer der Front gelodert hatte, sind nach und nach zahlreiche Meldungen eingetroffen, welche mosaischartig zusammengefasst, ein erschütterndes Bild von der Behandlung ergeben, die das „freie“ Russland unseren Gefangenen zuteil werden lässt. Aus ihnen erkennt man deutlich, wie es um die schönen Phrasen der Bolschewisten von „Gerechtigkeit und Menschlichkeit“ bestellt ist. Wer bei uns etwa an diese hohen Redensarten geglaubt hat und sich von ihnen eine Besserung des Loses unserer bedauernswerten Gefangenen in Russland versprochen hätte, dem muss die Röte des Zornes und der Entrüstung emporsteigen, wenn er sein Phantasiurgebilde mit der rauhen Wirklichkeit der hier vorliegenden Zeugnisse vergleicht. Die Unterkunftsräume unserer Gefangenen stinken von Schmutz und wimmeln von Ungeziefer. Die Lagerkommandanten sind allmächtig und glücklich ist der Gefangene, der die Mittel hat, sich ihre Gunst zu erkaufen. Die Unsauberkeit der russischen Gefangenenslager erzeugt zahlreiche Krankheiten und Seuchen. Die Sterblichkeitsziffer unter den Gefangenen beträgt nach Angabe von einwandfreien Zeugen 40 v. H. „Das ist recht so, hier sollen sie verrecken“, hat nach eidlicher Aussage ein Rohling vom Lagerkommandant erklärt. Da es an Medikamenten und Verbundstoff fehlt, wird die Matte ungeringt immer wieder verwendet, bis sie vollständig von Eiter durchtränkt ist. Kranke mit ansleckenden Krankheiten werden nicht in Soldatenkuren untergebracht, sondern müssen mit den übrigen zusammen Mann an Mann liegen. Knutenschläge und Fußtritte sind an der Tagesordnung.

Und solche Grauel geschehen in einer freien Republik, die sich allen anderen so unendlich überlegen dünkt. Es ist hier dieselbe Sache wie überall. Der ganze Bolschewismus ist ein Phrasentausch. Aber dieser Phrasentausch wird bedenklich, wenn an ihm das Leben von Tausenden wehrloser deutscher Männer hängt. Was will die Regierung tun? Vergeltung ist am Platze, nicht an wehrlosen Geiseln in unserer Hand, sondern an den Blutmenschen in Petersburg, die der Welt vorwählen, sie wollten sie von dem Joch des Kapitalismus befreien und die ihr in Wahrheit ein viel grauvollereres Joch aufzwingen, das der Anarchie, der Entfesselung aller niedrigen Instinkte und der Gewalttherrschaft der Roheit."

Gegenüber dieser Tendenz-Meldungen möchten wir nur auf die Tatsache hinweisen, daß noch vor ganz kurzer Zeit dieselben Blätter die Nachricht brachten, daß sich die Gefangenen der Mittelmächte in Petersburg, Moskau und anderswo der größten Freiheit erfreuten, daß sie Versammlungen abgehalten und sich an Umzügen und Friedensdemonstrationen beteiligt haben. Wir wollen weiter die Tatsache feststellen, daß uns hiesige Frauen von in Russland lebenden Gefangenen Briefe ihrer Männer gezeigt haben, in denen sie erklären, daß ihr jetziges Los gegenüber dem früheren wie der Tag zur Nacht sei. Nun streiten wir gewiß nicht ab, daß auch in Russland jetzt noch schlechte Behandlungsmethoden gegenüber unseren Gefangenen hier und dort zur Anwendung kommen. Das sind aber Einzelfälle, die man anständigerweise nicht verallgemeinern darf. Das Volk der Denker und Dichter sollte doch auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen und nicht derartige Uebertreibungen begehen und — glauben. Vielmehr sollte es erkennen, daß solche Meldungen immer einen bestimmten aufheizenden Zweck verfolgen. Das Volk in seiner übergrößen Mehrheit sollte sich deshalb mit Ekel und Abscheu von Blättern abwenden, die durch die Veröffentlichung derartiger Haß- und Hehnotizen das Ansehen des deutschen Volkes auf das schwerste schädigen.

Handel und Wandel.

Von F. W. Händler.

31. Fortsetzung.

Es war ein blühend schöner Sonntagmorgen im Frühjahr, als wir in diesem Jahr die erste derartige Partei mitmachten. Der Böttcher Christoph und der Doktor waren die einzigen, welche die Kirche nicht viel frequentierten, und letzterer trieb sich vornein in den Ställen umher, um Pferde und Gespanne in den besten Stand zu setzen. Am elf Uhr war alles bereit. Der Doktor hatte die vier trefflichsten Pferde vor den größten Leiterrwagen gespannt und kutscherte mit der Kreuzleine vom ersten Sitz. Er sah wirklich majestatisch aus. Von normalen Schlittenpartien her hatte er sich eine immense Fertigkeit erworben, die längste Schlittenreise zu handhaben. Und um diese Kunst vollkommen zeigen zu können, hatte er sich hüte eine Peitsche angefertigt mit einer unendlich langen Schnur. Neben dem Wagen standen in ersterer Erwartung der Großnecht, die Altmagd, der erste Müllerbursche und die Viehmagd, aufs sauberste gepflegt im besten Sonntagstaat.

Jetzt erschien der Bas mit Böttcher Franz, Böttcher Kaspar mit seiner Frau und nahmen ihre Plätze ein. Dann erschien Elsbeth und sogar die Müllerin mit Sibylle, und des Doktors Gesicht, das vor Begegnung strahlte, wurde sichtlich ernster, als die beiden letzten sich ebenfalls anschickten, auf den Wagen zu steigen. Ich begriff gar nicht, was ihm einfiel, denn als Sibylle und ich auf den ersten Sitz neben ihn kletterten, wollte er die Zügel der Pferde an Kaspar abgeben, der sie aber lächelnd zurückwarf. Jetzt war alles bereit, der Bas rief: „Vorwärts!“ Der Doktor tat einen fürchterlichen Hieb mit der Peitsche in die Luft und die vier Rosses galoppierten davon mit den Schellen klirrend, und das blank geputzte Messingzeug funkelte und glitzerte in der Morgenluft.

Gleich bei der Mühle ging's von der Straße ab, auf die befesteten Weien, die mit großen Spinnweben gleich leuchtenden Schleier bedekt waren. Die Räder schnitten in das Gras ein und ihre Spuren bildeten zwei lange glänzende Schlangen, die den Wegen unzählig zu verfolgen schienen. Schmetterlinge flögten um uns her und hoch in der Luft gaben die unzählbaren Perlen ein großes Morgenkonzert.

Mittags um ein Uhr erreichte man den Ort, wo die Kirche geöffnet wurde. Es war dies ein großes Gehöft, und wir standen dort schon alle Ankünften zu einem großen Mittagessen. Unter der Haustür stand der Freund des Böttcher Christoph und bewilligte uns. Die Frau hielt hinter ihm, hatte zum Willkommen einen Zettel der langen weißen Schürze emporgeschlagen und beide grüßten die Gemeinschaft aufrichtig freundlich.

Auf dem Herd prasselte ein ungeheures Feuer, über welchem ein schwarzer eiserner Kessel hing, in dem ein immenser Schinken

Ein Appell an die Menschlichkeit der Kriegsführenden!

Aufruf des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes an die Kriegsführenden.

Eine der schmerzlichsten Erlebnisse des Krieges, der die gesamte Menschheit augenscheinlich in Fesseln hält, ist die tägliche Verletzung der feierlichsten Verträge der sogenannten Kriegsgesetze, jener Vereinbarungen, durch die man die Menschlichkeit des Krieges einzuführen gehofft hatte. Statt das Gleiche, das ein Krieg im Gefolge hat, zu mildern, haben die Fortschritte der Wissenschaft auf den Gebieten der Luftfahrt, des Geschwaders und der Chemie im Gegenteil seinen Hammer vermehrt und diesen vor allem auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt, so daß der Krieg über kurz oder lang nichts Weiteres sein wird als ein allgemeines militärisches Zerstörungswerk.

Wir möchten heute unsere Stimme gegen eine überaus grausame Neuerung erheben, die die Menschheit zu vervollständigen im Begriff steht, das heißt die sie immer entzückender und mörderischer in ihren Folgen zu gestalten sucht. Es handelt sich um die betäubenden und giftigen Gase, deren Anwendung allem Anschein nach einen nie geahnten Umfang anzunehmen droht.

Die im Haag getroffenen Vereinbarungen über die Gesetze und Gewohnheiten im Landkrieg besagen: „Es ist namentlich verboten, Gifte und vergiftete Waffen anzuwenden“; und weiter: „Waffen, Geschosse und Stoße zu gebrauchen, die geeignet sind, überflüssige Leiden hervorzurufen“. Die betäubenden und giftigen Gase fallen zweifelsohne unter diese durch die Verträge untersagten Gifte. Die Träger, welche auf dem Schlachtfeld die durch diese Gase betäubten Soldaten auflesen, und vor allen Dingen die Pflegerinnen, die sie in den Hospitalslazaretten haben, befinden sich in einer nie geahnten Umfang anzunehmen droht.

Es ist traurig, daß diese Methode überhaupt Eingang in die Praxis der Kriegsführung gefunden hat. Wir legen aber Wert

darauf, zu erklären, daß den, der dieses Verfahren noch grausamer zu gestalten sucht, eine Verantwortung trifft, die in ihrer Schwere ständig anwächst, die Verantwortung, der Kriegsführung eine Richtung gegeben zu haben, die im Widerspruch zu den Gedanken der Menschlichkeit steht, die sich ausbreiten und ihren hebendigen Ausdruck im Roten Kreuz gefunden zu haben scheinen. Wenn es handelt sich hier nicht etwa um eine Methode, deren Anwendung der Gegner von sich weisen konnte, da sie ihm widerstrebt, es geht um Sein oder Nichtsein. Wer sich einem Feinde gegenüberstellt, der Gase anwendet, ist deswegen wohl oder überzeugt, die gleiche Kampfesart anzuwenden, will er nicht in einen Nachteil gerängt werden, der ihm verhängnisvoll werden kann. Er wird im Gegenteil den anderen zu überbieten suchen und alles tun, um diesen Giften seinerseits eine noch tödlichere, ausgedehnte Wirkung zu geben. Das wird auf einen Wettkampf in der Errichtung der mörderischsten und grausamsten Mittel hinauslaufen.

Man sprach lebhaft von neuen giftigen Gasen, deren Erzeugung in überaus großen Mengen um so leichter ist, als die zu ihrer Herstellung erforderlichen Rohstoffe sehr einfach zu beschaffen sind. Mit diesen giftigen Gasen sollen Geschosse geladen werden, die den Tod, und zwar einen entsetzlichen Tod, nicht nur in den Reihen der Kämpfer säen, sondern auch hinter der Front unter den harmlosen Bevölkerung in ausgedehnten Strichen, in denen jedes Lebewesen der Vernichtung anheimfallen würde. Wir legen aus keiner Ueberzeugung Vernichtung gegen eine derartige Kriegsführung ein, die wir nicht anders als verbrecherisch bezeichnen könnten. Wenn wir bedenken, daß der Gegner vorzugsweise Verkürzungen zu Gegenmittel greifen und Vergeltungsmaßregeln anwenden wird, so eröffnet uns dies die Aussicht auf ein Ringen, das an Wildheit und grausamer Roheit alles in den Schatten stellen wird, was die Geschichte bislang kennengelernt hat.

Wir, das Rote Kreuz, dessen Fahne das Sinnbild der Gefühle hoher Menschlichkeit ist, richten uns deswegen in erster Linie an die Herrscher, die Regierungen und die Generale, dann auch an die Völker, die heute gegeneinander stehen. Wir rufen die allen gemeinsamen Regelungen der Menschlichkeit an, um zu zeigen, daß diese auch nach drei Kriegsjahren nicht erloschen sind. Soll der Sieg nur die völlige Vernichtung des Gegners bedeuten? Soll er sich in Schimpf und Schande wandeln, weil er dann nicht mehr der Tapferkeit, dem ehrenhaften Kampf der Landeskinder widerstanden sein wird? Soll der Krieg an den heimlebenden Kriegern nicht mehr dem Helden gelten, oder ohne Jürgen sein Leben für sein Vaterland in die Schanze schlug, sondern lediglich dem Manne, der sich ohne persönliche Gefahr seiner Feinde mittels

herrlich duftete. In einem anderen Geschäft lachten Erben und Böhnen und neben einem riesenhaften Napf mit Suppe erblickten wir die unentbehrlichen Kartoffeln schneeweiss und mehlig.

Alles wurde nach der Reihe bewillkommt, und daß mir, als einem Bekannten aus früheren Jahren, ein sehr herzlicher Empfang auffiel wurde, kann man sich leicht denken. Die Frau des Bettlers wurde von der Witwe in die Staatsküche geführt, Böttcher Christoph und Elsbeth gingen mit dem Gastwirt in den Ställen umher, Sibylle spazierte mit Anne Marie, der jüngsten Tochter des Hauses, in den Gärten, die Altmagd und die Viehmagd holten ihren Kolleginnen bei den fiedenden Kesseln und der Großknecht sowie der Müllerbursche setzten sich dazu, stellten Holz in den Herd und machten Bekanntschaft zu den Tanzergnügen heute Abend. Ich half dem Doktor die Pferde ausspannen, worauf zu Tisch gerufen wurde.

Die Tafel war im Freien im Garten aufzuschlagen. Wenn ich an vergleichbare Mahlzeiten zurückdenke, so empfand ich beständig ein innerliches Begegnen. Die frische Luft hatte den Appetit außerordentlich geschärft und zu der einfachen frischen Kost unter Gottes freiem, schönem Himmel, unter dem Gefang der Vögel wurden ebenso einfache als fröhliche Tischreden geführt. Von großer Einfache war keine Rede, wir Männer saßen in Hemdtümmlern da, und alles ließ sich's wohl sein.

Nach Beendigung der Mahlzeit war jedem bis zum Koffertragen Freiheit gegönnt, zu treiben was er wollte. Die älteren hielten Gespräche über Landwirtschaft und Viehzucht, das junge Volk neigte sich im Garten umher. Der Doktor und ich nahmen unsere Mühen und schlenderten zum Hofe hinaus über die kleine Brücke eines schwämmenden Bergwassers, den Wald hinauf. Langsam gingen wir dem herabstürzenden Wasser entgegen und ergrößten uns, ohne ein Wort zu sprechen, an den kleinen Wasserfällen, die der Bach in den glatten Kieseln bildete. Es war recht warm und als oben an einem kleinen Felsen, dessen Fuß mit weißem Moos bewachsen war, der Doktor den Vorschlag machte, ein Mittagschlafchen zu halten, pflichtete ich ihm bei. Wir streten uns auf dem grünen natürlichen Bett nieder und waren bald im Schlummer.

Nach einer kleinen halben Stunde erwachte ich wieder, da mir die Sonne, durch die Zweige brechend, in die Augen schien. Der Doktor aber, der im Schatten lag, lächelte ruhig weiter. Vielleicht einhundert Schritte oder auch weniger neben mir in dem dichten Gefüge hörte ich lächen und leise singen. Es war die Stimme Sibylls, und sie begann das Volkslied:

„In einem tiefen Grunde,

Da geht ein Mühlrad,

und sang es erst mit leiser summender Stimme, wie es sich zuerst schwärmten und verschwanden, der lächelnden Anne Marie vor, und jetzt aber wurde der Gesang lauter und lauter bei dem leichten

Gesang entledigt, hat unter furchtbartesten Leidern seiner Orte. Wir können nicht glauben, daß sich die Hochgetragenen und Edlen gesunden nicht in allen Ländern gegen solche Ausübung ausschließen werden, und wir zögern deswegen nicht, mit lauter und eindringlicher Stimme zum Vergleich auf diese entsetzliche Art der Kriegsführung aufzufordern. Eine sofortige Vereinbarung ist dazu erforderlich, die aufrechtig einzuhalten sich die verschiedensten Heere verpflichten müssten.

Die englische Regierung will darüber beraten.

Im Unterhaus wurde die Anfrage gestellt, ob die Regierung bereit sei, in Verbindung mit dem Auftrag des Roten Kreuzes die Anwendung von giftigen Gasen in diesem Krieg erlaubten und Verhandlungen mit den Kriegsführern einzugehen. Lord Robert Cecil antwortete, daß der erwähnte Aufruf des Roten Kreuzes bei der englischen Regierung noch nicht eingegangen sei. Die Regierung beabsichtige aber, mit dem Bundesgenossen wegen erwaiger Schritte, die im Verlauf eines derartigen Aufzuges von allen Verbündeten gemeinsam unternommen werden könnten, zu beraten. Eine weitere Erklärung könnte er augenscheinlich nicht abgeben.

Die Wohnungsfrage.

Die vom Reichstag eingesetzte Wohnungskommission holt fürzlich eine Sitzung ab, in der zunächst Abg. Bartholdt über eine im Ausschuß für Grund-Kredit-Reform des Reichs-Wirtschaftsministeriums stattgefundenen Besprechung berichtet, in welcher die Wiederherstellung von Wohnungen während der Kriegszeit von Professor Albrecht auf zirka 750 000 geschätzt wurde. Ebenso groß werde nach Kriegsbeendigung der Wohnungsbedarf sein. Die Herstellungskosten einer Kleinwohnung werden circa 10 000 Mark betragen. Zur Widerbildung der eintretenden Wohnungsnöthe möge dem Reich mindestens eine halbe Milliarde Mark flüssig gemacht werden. Die in oben bezeichneteter Beziehung zum Vortrag gebrachte Meinung, Wohnungen zunächst in der primären Form herzustellen, hat dort nicht die Zustimmung der Massen gefunden, vielmehr wurde betont, daß für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer angemäßige Wohnräume geschaffen werden müssen. — Abg. Göhrde (Soz.) bestätigt, daß jetzt nicht nur in der gesamten Öffentlichkeit, sondern auch bei den Reichs-Staats- und Kommunalbehörden die Erkenntnis von der Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot vorherrscht. Dazu solle auch der von den sozialdemokratischen Mitgliedern der 10. Kommission gestellte Antrag helfen, der im wesentlichen folgendes fordert:

1. Aus den Erträgen der nächsten Kriegsanleihe sind 500 Millionen Mark zur Herausgabe von Baukapital auszuschreiben und für die Zeit nach dem Friedensschluß verwendungsbereit zu halten.

2. Die bei der Heeresverwaltung liegenden Baumaterialien sind bei Kriegsende der Reichsregierung zur Weitergabe an diejenigen Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zur Verfügung zu stellen.

3. In die Lüsse der nach Friedensschluß in erster Linie aus dem Heere zu entlassenden Mannschaften sind die zur Herstellung von Wohnungen nötigen Angehörten und Arbeiter aufzunehmen.

4. In allen Orten, wo der Eintritt eines Wohnungsmarktes nach dem Kriege zu erwarten ist, sind schon jetzt Vorbereitungen zur Behebung geeigneten und billigen Baulandes zu treffen.

5. Es sind schon jetzt Baupläne für alle wichtigen Typen des Kleinwohnungsbaues entsprechend den Bedürfnissen der einzelnen Bundesstaaten und Provinzen vorzubereiten.

6. Zur Vorbereitung einer flüssigen raschen Wohnungsproduktion ist sofort eine allgemeine Statistik der leerstehenden Wohnungen im Reich in die Wege zu leiten.

7. Die Leitung einer planmäßigen Wohnungsproduktion nach dem Kriege hat das Reichswirtschaftsamt als Zentralbehörde für Übergangswirtschaft zu übernehmen.

Redner bitten, diesen Antrag, der die gesamte Nation amfaßt, sofort zu beraten. — Regierungsrat Siegmund verweist auf die durch den Krieg gewaltig gestiegenen Baukosten, die auf die private Wohnungsbautätigkeit lasten würden. Die vornehmste Aufgabe ist daher die Belebung der Bautätigkeit zur Erhaltung von Wohnungen. Der Antrag der Sozialdemokraten bietet eine geeignete Grundlage zur zeitgemäßen Beratung. Die bearbeitete Reichswohnungsversicherung ist wegen ihrer erst später und allmählich eintretenden Wirkung nicht geeignet, in der Zeit der dringendsten Wohnungsnot hervorzuheben.

Dreddner bitte, diesen Antrag, der die gesamte Nation amfaßt, sofort zu beraten. — Regierungsrat Siegmund verweist auf die durch den Krieg gewaltig gestiegenen Baukosten, die auf die private Wohnungsbautätigkeit lasten würden. Die vornehmste Aufgabe ist daher die Belebung der Bautätigkeit zur Erhaltung von Wohnungen. Der Antrag der Sozialdemokraten bietet eine geeignete Grundlage zur zeitgemäßen Beratung. Die bearbeitete Reichswohnungsversicherung ist wegen ihrer erst später und allmählich eintretenden Wirkung nicht geeignet, in der Zeit der dringendsten Wohnungsnot hervorzuheben.

„Hörte, Sibylle,“ sagte Anne Marie, „die Leute behaupten, der Doktor, wie heißt er doch, habe dich früher in der Stadt gesehen und sei die zuliebe herausgekommen.“

„Warum nicht gar?“ lachte die andere. „Was soll er von mir wollen?“

„Nun,“ entgegnete Anne Marie, „er will dich, wie es in den Büchern oft so schön vorkommt, zuerst kennen lernen und dann heiraten.“

Ich sah unruhig auf den Doktor neben mir, und es war mir recht, daß er schlief und nichts von dem Gespräch hörte. Obgleich aber bis jetzt sein Gesicht noch größtenteils von tiefern Schatten bedeckt war, so war die Sonne doch nicht zurückzuhalten, und singt schon an, um seine Nasenspitze zu spielen. Anne Marie drückte ihre Füße fort und sagte: „Er hat einen so ganz sprudigen Namen, wie heißt er denn eigentlich?“

„Burdus, Burdus heißt er.“

„Burdus, Burdus!“ lachte die andere, so laut sie konnte, „das Klingt heimisch wie der Kuckuck drüben rast.“

Und nun singt sie an, aus Leibeskräften in den Wald hinauszurufen: „Burdus! Kuckuck! Burdus! Kuckuck! — Burdus! Burdus!“

Und dabei lachten die beiden Mädchen so übertrieben und mataffig. Der Doktor aber erwachte und sah überrascht in die Höhe, als er seinen Namen so rufen hörte. Ich hatte eben Zeit, bevor er mit seiner ungeheuren Stimme dem Ruf antworten konnte, ihm zu sagen, was die Veranlassung sei.

„Das das dumme Zeug,“ hat jetzt Sibylle; „du weißt, man soll mit dem Kuckuck keinen Scherz treiben.“

„Kuckuck nicht,“ lachte die andere. „Wir wollen jetzt gleich hören, in wieviel Zeit du einen Mann bekommen.“ Und laut rief sie wieder in den Wald hinaus:

„Kuckuck, Kuckuck, sag mir an:“

„Wann kommt der Sibylle ihr Freiersmann?“

„Dann wird alles still und die Mädchen laufen offenbar, was der Kuckuck im Dickicht des Waldes für eine Antwort gebe.“

Student zu werden. Nach weiterer Diskussion wird beschlossen, die kürzige Sitzung in eine allgemeine Diskussion über den sozialdemokratischen Antrag und die darin enthaltenen Anregungen einzutreten.

Deutscher Reichstag.

Freitag, den 22. Februar 1915.

181. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesstaatssaal: v. Krause.

Der Fall Dittmann.

Ein schmunziger Antrag Albrecht und Genossen (U. S.) geht davon, daß der Reichstag die Entlastung des Abg. Dittmann aus der Strafhaft verlängern soll.

Bürgpräsident Dr. Paasche: Es handelt sich um einen rein gesetzesordnungsmäßigen Antrag, daß ein Abgeordneter aus der ihm verhängten Strafhaft entlassen werden soll. Ich glaube, ich kann nicht zulassen, daß hier eine politische Diskussion entsteht und meine, daß die Herren, die darüber sprechen wollen, vom geschäftsordnungsmäßigen Charakter dieser Frage behandeln.

Abg. Haase (U. S., zur Geschäftsordnung): Diese Bedeutung der Debatte ist ungültig und sozialistisch vollkommen unbegründet. In früheren Fällen ist der Friedenheit in leichter Weise eine Grenze gezogen worden. Das ist auch unmöglich. Der Antrag verlangt, daß der Reichstag von seinem verhängungsfähigen Recht Gebrauch machen und die Aufhebung der Strafhaft eines Mitgliedes verlangen soll. Damit der Reichstag sich ein Urteil darüber bilden kann, ob er von diesem Recht Gebrauch machen will oder nicht, ist es notwendig, darzulegen, warum dieses Mitglied verhaftet wurde, wie das Urteil lautet, aus welchen Gründen es ergangen ist und wie es vom Standpunkt des Reichstages, d. h. vom politischen Gesichtspunkt aus zu beurteilen ist. Soll wenn nach allen diesen Rücksichten durch die Diskussion Klarheit geliefert werden, kann der Reichstag darüber entscheiden. (Zustimmung bei den Soz.) Wie soll das rein formal beprochen werden, ohne auf die Sache einzugehen? Die Wirkung eines solchen Vorgehens würde sein, den Antrag und alles, was damit zusammenhängt, zu einer Farce zu machen. Zustimmung bei den U. S. — Bürgpräsident Dr. Paasche: Spraden Sie zur Geschäftsordnung! Ich tu es. (Bürgpräsident Dr. Paasche: Zur Geschäftsordnung, kann nur in Wirklichkeit geprüft werden, ich habe das Recht, den Rechtmäßigkeit der Geschäftsausordnung zu prüfen.) Wenn einem Ihrer Mitglieder ein Brüderchen vom Gerichtshof zu gestellt ist, darf nicht allein das Urteil des Gerichtshofs für Sie maßgebend sein, sondern Sie haben aus Ihrem freien Urteil heraus zu entscheiden. Wenn Sie nun auch schriftlich den Inhalt dieses Urteils annehmen, so müßten Sie doch ein prüfen, aus welchen Gründen das Urteil ergangen ist. Damit wird der Antrag einjährl. über die Strafe gebracht gegen die Würde des Reichstages und es geschieht unzulässig dem Mitgliede und dem Reichstage.

Bürgpräsident Dr. Paasche: Ich vernehme nun lieber, als daß mein Vorgesetzter gegen die Würde des Reichstages gerichtet wäre und den Antrag zu einer Farce mache würde. Meine Erwägungen sind durchaus ähnlicher Natur. Es handelt sich hier nicht darum, ein rechtskräftiges Urteil zu prüfen, sondern darum, zu entscheiden ob mit dem Grunde des Urteils 31 die Entlastung verlangt können, Lohnen der Tugendwerte regelmäßiger stattfindet in und im Gepräge ih. Die Urteilstümmer der Reichstagsmitglieder ist doch genug, um das eine Diskussion über das Urteil selbst entfeindet zu fordern.

Abg. Herzfeld (U. S.): Der Vorsitzing des Präsidenten kommt daraus hervor, daß der junge Reichstag in diesen Zeiten des Krieges nicht mehr das Recht haben soll, darüber zu entscheiden, ob er die Zustimmung zu einem seiner Mitglieder beauftragt kann oder nicht. Eine gesetzliche Bekämpfung ist nun notwendig, als die Zensur einer Verordnung über die Verhandlung gegen Dittmann verhindert sei. (Wiederholung des Vorsitzenden — Abg. Haase (U. S.): Das ist der Stand, wenn die Sache vor das Recht kommt — Der Bürgpräsident soll Vorschlag zur Lösung machen.) (Abg. Haase rechts): Es ist keine Regel und Praktik, um die Zustimmung einzufordern, welche ich mir vorgenommen habe, dasswo über das Recht verhandelt werden soll, ob es gerechtfertigt ist, daß der Reichstag die Zustimmung seines Mitglieders nicht mehr so hoch hält?

Abg. Ebert (Soz.): Ich möchte den Präsidenten erinnern, daß wir keinen anderen Verhandlungen nicht zu uns ziehen. Wenn es nun auch bei dieser Debatte herauskommt, daß wir, insbesondere der Artikel 31 der Strafverordnung bestimmt, es uns nicht mehr einer Zustimmung des Präsidenten bedienen, so ist das eine sehr schwere Verhandlung, welche ich nicht mehr verhindern möchte. Jetzt kann ich Ihnen sagen, Sie der Recht das Schätzchen geben, daß der Deutsche Reichstag die Zustimmung seines Mitglieders nicht mehr so hoch hält?

Präsident Dr. Paasche: Das Urteil kann keine Entscheidungen werden, aber nicht bei deinem Vortrag.

Abg. Gräber (Reich.): Nur kann jetzt nicht in einer Art eines rechtlichen Urteils eintragen. Aber das kann es immer noch mit Hilfe einer anderen Zustimmung nicht tun?

Abg. Dr. Jäger (Reich.): Welcher hat nicht Wünsche und Interessen?

Bürgpräsident Dr. Paasche: Ich habe mir angezeigt, daß der Reichstag jetzt nicht gleichzeitig werden darf. Seine Zustimmung kann das Urteil entfeindet werden, aber es kann bei diesen Zuständen nicht hilfreich werden.

Abg. Haase (Reich.): Ich möchte mich am Gesetzestexte richten. Ich kann Ihnen bestätigen, daß der Präsident darüber einstimmen, da das Recht eines Vorsitzenden nicht, da es eine gewisse Gewaltübernahme ist.

Bürgpräsident Dr. Paasche: Ich habe mir angezeigt, daß der Reichstag jetzt nicht gleichzeitig werden darf. Seine Zustimmung kann das Urteil entfeindet werden, aber es kann bei diesen Zuständen nicht hilfreich werden.

Abg. Haase (Reich.): Ich möchte mich am Gesetzestexte richten. Ich kann Ihnen bestätigen, daß der Präsident darüber einstimmen, da das Recht eines Vorsitzenden nicht, da es eine gewisse Gewaltübernahme ist.

Bürgpräsident Dr. Paasche: Ich habe mir angezeigt, daß der Reichstag jetzt nicht gleichzeitig werden darf. Seine Zustimmung kann das Urteil entfeindet werden, aber es kann bei diesen Zuständen nicht hilfreich werden.

Abg. Herzfeld (U. S.): Es liegt genügend vor, daß mir bei Beurteilung des Schuldzuverlaßes der Artikel 7 der Strafverordnung keine Strafe mehr kann. Das kann nicht mehr bestimmt werden, da es genügend genügt, daß das

schuldzuverlaßes des Abg. Dittmann nicht bestimmt ist, da es genügend genügt, daß das

schuldzuverlaßes des Abg. Dittmann nicht bestimmt ist, da es genügend genügt, daß das

schuldzuverlaßes des Abg. Dittmann nicht bestimmt ist, da es genügend genügt, daß das

schuldzuverlaßes des Abg. Dittmann nicht bestimmt ist, da es genügend genügt, daß das

dann es möglich war, daß eine solche Beleidigung entstand, will ich tun werden. In 4 Jahren des Krieges hatten Millionen Arbeiter ihr Leben gelassen, ihre Arbeitskraft verloren, waren zu Kämpfern geworden. Dazu kam das Abschneiden der Ernährungsschwierigkeiten, Organisationsversuche, Einschaltung der Presse, Verfolgungen ihrer Vorläufer. Auf der andern Seite hatte die Unterherrschaft die Unterherrschaft der Arbeitnehmer in ihrem Dienst, die Arbeitnehmer zu zeigen, daß die Überzeugungspolitik in Deutschland das Heft in Händen hatten. Unter diesen Umständen verzweifelten die Arbeitnehmer an einem nahen Frieden und entschlossen sich, ihre proletarische Kraft in die Wagnisse zu werfen. So brach elektrolytischer Streit aus. Im Dienstag, 30. Januar, erhielt Abg. Dittmann die Verordnung des Oberkommandierenden, wonach die Streitleitung sich jeder weiteren Tätigkeit zu enthalten habe. Da eine Tätigkeit des Abg. Dittmann in der Streitleitung hatte darin bestanden, auf soziale Verhandlung mit dem Staatssekretär des Innern zu drängen, um der Streit ordnungsmäßig zu Ende zu führen. Als er am Dienstag durch einen Zettel berücksichtigt wurde, daß eine Versammlung in Tepow stattfand, war es seine schlußrechte Pflicht, als Vertretermitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, hier hinzugetreten. Er sprach dort von der Bedeutung der Arbeitersicherung, doch sie den Zweck der Demonstration habe, um der Regierung den Willen der Arbeiterschaft für einen allgemeinen demokratischen Frieden ohne Ansegnungen und Konstitutionen auf Grund des Selbstbestimmungsprinzips der Bürger zu zeigen. Während seiner Rede entstand Unruhe, er mußte sie deshalb kurz abbrechen und schloß: „Sobald der Frieden wieder hergestellt ist, darf nicht allein das Urteil des Reichstages durch einen dreimaligen Stimmzug gegen den Reichstag abgelehnt werden.“ Darum erholte er sich, um die Wahrheit des Abg. Dittmann zu verteidigen. Darum nehmen Sie meinen Antrag ein, zum Wohle des Deutschen Reiches. (Bravo! b. d. U. S.)

Staatssekretär Wallstraße: Nach dem vom Urteil festgestellten Zustand, hat der Abg. Dittmann sich gegen die Verordnung des Oberkommandierenden verstanden, die jede Befüllung der Streitleitung zugunsten des Streits unterstellt, er hat jener Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und durch seine Aufforderung zum „Durchhalten und den Streit hochhalten“, hat er sich des verdeckten Landessvereins schuldig gemacht. Auf Verlangen des Reichstages wird nach dem Artikel 31 der Verfassung ein Strafverfahren ausgelegt. Es besteht aber seit langem Uneinigkeit in der Wissenschaft und in der Praxis des Reichstages, daß unter Strafverfahren die Vollstreckung eines rechtmäßigen Urteils nicht zu verstehen ist. Der Reichstag könnte also gar nicht in der Lage sein, einem Unruhestifter, wie es der Antrag an ihn stellt, nachzukommen. Der Abg. Herzfeld sprach auch von der Not des Volkes und dem unschuldig geflossenen Blut. Das war vor allem das Blut der Polizeibeamten. Es ist festgestellt, daß des ersten Schuß, der gefallen ist, der war, durch den ein Polizeibeamter niedergeschlagen wurde. (Lebh. Unruhe b. d. U. S.) Es ist unverantwortlich, wenn von halbwüchsigen Jungen und Mädchen die Angestellten der Straßenbahnen angegriffen werden. Wenn es da zu Folgen kommt, die immer mit Unruhen verbunden sind, so tragen diejenigen die Schuld, die nach Süden, nicht dagegen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung berufen sind. In diesem Falle verdient die Polizei Dank. (Lebh. Beifall.) Unter aller Mundi ist ein ehrwürdiger Frieden. Streit aber sind das falschste Mittel dazu, denn sie führen zwangsläufig das beste Mittel zum Frieden zu gelangen, die Einigkeit ist.

Abg. Ebert (Soz.): Nach unserer Meinung ist der Streit verursacht durch die unehrenhafte Politik der Regierung, die es verhindert hat, in der Friedensfrage für Sicherheit zu sorgen und den Beschwerden über den Belagerungszustand abzuheben, und die in der Ernährungsfrage die schweren Schäden nicht befreit hat; und nicht zum wenigsten sind die Verhandlungen über das preußische Wahlrecht schuld am Streit, die in geradezu provokatorischer Weise geführt wurden und die Arbeiter bis aufs Blut geriet haben. (Lebh. Zust. links.) Anfang des Jahres Woral zu predigen, sollte die Reichsregierung gegenüber einer kleinen Schule von Interessengruppen taaträchtig eingreifen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Auf die politische Debatte will ich jetzt nicht eingehen. Nach meiner Meinung ist die Darstellung des Sachverhalts durch den Abg. Herzfeld durchaus zutreffend. Im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Politik muß die ganze Frage unter die Judikatur der außerordentlichen Kriegsgerichte gestellt werden müssen, von denen ein förmliches Wollen ausgeht, das die schärfste Kritik herausfordert und gegen das wir schon jetzt eindeutigsten Protest einlegen. (Zust. b. d. Soz.) Richtig ist, daß in den 70er Jahren der Reichstag beschlossen hat, der Strafnollung diese nicht unter den Artikel 31 der Verfassung. Aber auch damals hat keine einheitliche Auffassung geherrscht. Nach dem Guß und dem Zweck der Bestimmung ist jedenfalls die damalige Zustimmung des Reichstages ungültig. Die Immunität ist kein persönliches Privileg, sondern bedeutet die Sicherstellung der Rechte der Wähler und des Parlaments. Die Frage ist, ob es wichtiger ist, daß ein Abgeordneter ohne Unterbrechung seine Sache schützt, oder daß der Reichstag vollzählig zusammentreten kann. Die Person und Vertretung des betreffenden Abgeordneten bleibt dabei völlig außer Betracht. Der Auffassung, daß mit der Nichterfüllung des Urteils das Strafverfahren zu Ende sei, kann mir uns nicht anschließen, auch die Bevölkerung hat dafür kein Verständnis. Auch der Verfassungsausschuss hat den Antrag angenommen, den Artikel 31 der Verfassung auf die Strafhaft auszudehnen. Sollte die Mehrheit wider Erwarten den Artikel 31 so auslegen, wie in den 70er Jahren, so sollte sie doch mindestens den Antrag des Verfassungsausschusses zur schlußrechten Zustimmung bringen. Vor allem aber bitten wir, dem Antrag Albrecht und Genossen zuzustimmen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Ebert (Soz.): Nach unserer Meinung ist der Streit verursacht durch die unehrenhafte Politik der Regierung, die es verhindert hat, in der Friedensfrage für Sicherheit zu sorgen und den Beschwerden über den Belagerungszustand abzuheben, und die in der Ernährungsfrage die schweren Schäden nicht befreit hat; und nicht zum wenigsten sind die Verhandlungen über das preußische Wahlrecht schuld am Streit, die in geradezu provokatorischer Weise geführt wurden und die Arbeiter bis aufs Blut geriet haben. (Lebh. Zust. links.) Anfang des Jahres Woral zu predigen, sollte die Reichsregierung gegenüber einer kleinen Schule von Interessengruppen taaträchtig eingreifen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Auf die politische Debatte will ich jetzt nicht eingehen. Nach meiner Meinung ist die Darstellung des Sachverhalts durch den Abg. Herzfeld durchaus zutreffend. Im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Politik muß die ganze Frage unter die Judikatur der außerordentlichen Kriegsgerichte gestellt werden müssen, von denen ein förmliches Wollen ausgeht, das die schärfste Kritik herausfordert und gegen das wir schon jetzt eindeutigsten Protest einlegen. (Zust. b. d. Soz.) Richtig ist, daß in den 70er Jahren der Reichstag beschlossen hat, der Strafnollung diese nicht unter den Artikel 31 der Verfassung. Aber auch damals hat keine einheitliche Auffassung geherrscht. Nach dem Guß und dem Zweck der Bestimmung ist jedenfalls die damalige Zustimmung des Reichstages ungültig. Die Immunität ist kein persönliches Privileg, sondern bedeutet die Sicherstellung der Rechte der Wähler und des Parlaments. Die Frage ist, ob es wichtiger ist, daß ein Abgeordneter ohne Unterbrechung seine Sache schützt, oder daß der Reichstag vollzählig zusammentreten kann. Die Person und Vertretung des betreffenden Abgeordneten bleibt dabei völlig außer Betracht. Der Auffassung, daß mit der Nichterfüllung des Urteils das Strafverfahren zu Ende sei, kann mir uns nicht anschließen, auch die Bevölkerung hat dafür kein Verständnis. Auch der Verfassungsausschuss hat den Antrag angenommen, den Artikel 31 der Verfassung auf die Strafhaft auszudehnen. Sollte die Mehrheit wider Erwarten den Artikel 31 so auslegen, wie in den 70er Jahren, so sollte sie doch mindestens den Antrag des Verfassungsausschusses zur schlußrechten Zustimmung bringen. Vor allem aber bitten wir, dem Antrag Albrecht und Genossen zuzustimmen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Melching (Wn.): Es handelt sich hier lediglich um die objektive Feststellung einer Rechtsfrage, und darum es gar keinem Zweifel unterliegen, daß im Artikel 31 der Verfassung „Strafverfahren“ im Sinne der Strafvollstreckung zu verstehen ist. Darnach sollte die Strafvollstreckung nicht mehr unter den Verfahren und der Antrag Albrecht ist ungültig.

Staatssekretär im Reichsjustizamt von Krause: Nicht nur in den 70er Jahren, sondern auch in den 80er und 90er Jahren hat der Reichstag entschieden, daß eine Strafhaft nicht unter den Artikel 31 der Verfassung fällt. Der Abg. Ebert hat auf den Antrag des Verfassungsausschusses hingewiesen, den Artikel 31 auch auf die Strafhaft auszudehnen. Dieser Antrag beweist doch, daß nach dem geltenden Recht die Strafhaft nicht unter diesen Artikel fällt. Auch die Sozialdemokraten haben im Jahre 1909 einen solchen Antrag gestellt, der ja gar keinen Sinn hatte, wenn schon nach dem bestehenden Recht der Artikel 31 auf die Strafhaft zutrifft.

Abg. Großer (Str.): So selbstverständlich wie der Strafverfahren es hinsichtlich ist, die Sache nicht. Im Reichstag waren schließlich die Meinungen jedenfalls geteilt. Warum sollte auch ein wesentlicher Unterschied in der Behandlung der Sache vor und nach dem Urteil gemacht werden. Bei der Streitigkeit der Rechtsfrage handelt es sich bei uns, um die Schwere des Falles. Was das Motiv der Handlung des Abg. Dittmann noch so ehrenhaft gewesen sein soll, lag doch in seinem Verhalten eine schwere Gefahr für das Vaterland, denn bei Unterbindung der Kommunikationseröffnung können wir den Krieg nicht weiterführen. Immerhin auf die Stimme des Falles lehnen daher meine politischen Freunde den Antrag auf Haftentlassung ab. (Bravo! b. d. Str.)

Abg. Dr. von Welt (Kon.): Wendet sich gegen den Antrag auf Haftentlassung und bemüht, die Arbeitnehmer seien nicht durch die Behandlung der Wahlrechtsfrage im Abgeordnetenkabinett zum Strafverfahren ausgesetzt, sondern sie seien direkt aufgeweckt von gewissen Leuten. (Lebh. Unruhe links.)

Abg. Dr. Jäger (Reich.): Zum Streit werden wir innerhalb einer gründlichen Debatte Stellung nehmen, hier handelt es sich nur um die Auslegung des Artikels 31, weshalb wir gegen den Antrag stimmen müssen, indem wir uns vor dem bestehenden Recht beugen. (Zust. b. d. Reich.)

Abg. Brixen (D. Fr.): Wendet sich gegen den Antrag auf Haftentlassung. Abg. Dr. von Welt (Kon.): Auf juristische Haarspaltereien lasse ich mich nicht ein. Wenn der Artikel 31 der Verfassung den Strafvollzug nicht umfasst, wie ist der Abg. Großer einräumt, dann muss das Strafgericht darüber versteht, denn die ist viel später gemacht worden. Bei Erfolg des Artikels 31 aber verstand man unter Strafverfahren allgemein auch die Strafpollstreckung. Das Haus selbst hat sich auf den Standpunkt gestellt, als es vor einem Jahre aussägte, daß auch die Schuhhaft unter den Artikel 31 fällt. Im übrigen ist der Reichstag lösbar und kann interpretieren, daß das Strafverfahren auch die Strafpollstreckung in sich schließt. Die Immunität ist ein hohes Privileg des Reichstages. Gerade für Zeiten der politischen Verwicklungen ist Artikel 31 gemacht. Es handelt sich hier zweitens um die Wirkung der Militärdiktatur, einer mächtigen Abgeordneten dem Reichstage zu entziehen, um einen Schlag gegen den Reichstagabschluß vom 19. Juli. Die Arbeitnehmer werden von ihrem Machtmittel des Streiks wieder Gebrauch machen müssen, wenn Sie dazu zwingen. Darum nehmen Sie meinen Antrag ein, zum Wohle des Deutschen Reiches. (Bravo! b. d. U. S.)

Abg. Dr. von Baczevski: Bei jedem Urteil wird der Angeklagte auch zu den Kosten des Verfahrens verurteilt und als solche werden nach der Strafprozeßordnung auch die Kosten des Strafverfolgungssatzes angesehen. Wohl gehört die Strafverfolgung auch in das Strafverfahren. Die Berechtigung des Reichstages zu dem Antrag ist danach zweifellos, und wir müssen ihm Folge geben, nicht um ein Recht eines Abgeordneten, sondern um ein Recht des Reichstages zu wahren.

Die Debatte schließt. Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen beider sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des

Ukrainefriedens.

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (3tr.): Damit der Frieden mit der Ukraine kein Papierfrieden bleibt, sondern ein wirklicher Frieden wird, muß die Regierung alles aufbieten, um die in der Ukraine vorhandenen Vorräte für uns zu sichern. Wir begreifen den Frieden als erste Frucht der Heldenaten unserer Armee, aber auch der Friedensbereitschaft und Friedenspolitik der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit. (Brandt im 3tr.)

Abg. Löffl (Natl.) schließt sich dem Vorredner an und betont insbesondere, daß der freie Handel an der Erfassung der Vorräte in der Ukraine beteiligt werden soll. Erfreulich ist auch die Festlegung der Zollfreiheit für die Ausfuhr von Eisenenzen.

Abg. Graf Cramm (Konf.) hofft, daß es bald zu einem Handelsvertrag mit der Ukraine kommen wird.

Der Friedensvertrag wird genehmigt.

Beim Zusatzvertrag bringt

Abg. Mayer-Kaufbeuren (3tr.) die Bestimmung zur Sprache, wonach die Ukraine berechtigt ist, den Grundbesitz entzadigungslos zu expropriieren. Die Ukrainer deutscher Abstammung müssen gegen eine solche Maßnahme geschützt werden.

Ministerialdirektor Kriegs legt dar, daß es sich bei der betreffenden Bestimmung nur darum handelt, daß Grundstücke, die infolge des Kriegsergebnisses den ursprünglichen Eigentümern abhanden gekommen sind, ihnen wieder zurückzugeben sind. Gezeigt das nicht, so muß eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Über künftige Enteignungen liegt der Friedensvertrag nichts. Lebenszeiten haben wir den Ukrainer unserer Standpunkts sehr zum Ausdruck gebracht, daß Enteignungen ohne Entschädigung nicht erfolgen dürfen.

Abg. Graf Cramm (K): Das ist vorläufig ein vorläufiger Wunsch, denn die Ukrainer haben auf diese unsere Erklärung nicht geantwortet. Wir müssen alles tun, um die Interessen der deutschen Ansiedler zu schützen.

Noch weiterer unerheblicher Debatte wird auch der Zusatzvertrag angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Verträge.

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Sozialdemokratie hat bereits in der ersten Lesung des Friedensvertrages mit der Ukraine herzuheben lassen, wie groß ihr Bedenken gegen die Festlegung der Grenze zwischen Polen und Ukraine sind. Diese Bedenken sind nicht vollkommen beseitigt worden durch die Mitteilung des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann über die Wiener Kommission, die unter Teilnahme österreichisch-ungarischer, ukrainischer und polnischer Vertreter die Grenze endgültig bestimmten soll. Trotzdem wird die sozialdemokratische Fraktion dem Friedensvertrag zustimmen in der Gewissheit, daß jeder Friedensabschluß den Willen der Völker zum allgemeinen Frieden und den Einfluß aller zu einem Verständigungsfrieden Bereiten stärken, dagegen die Position des Kriegsfriedens in allen Ländern mehr und mehr erschüttern muß. Die sozialdemokratische Fraktion spricht die Bewertung aus, daß diesem Vertrag bald weitere folgen werden, so daß dem Kulturmorden ein Ende gemacht und wirkliche Kulturarbeit im Interesse eines dauernden Friedens zum Nutzen aller Völker beginnen werden kann. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Stücker (Bp.): Wir stimmen den Verträgen zu und danken den Herren, denen es gelungen ist, aus dem Chaos von Brest-Litowsk doch schließlich diesen Friedensvertrag mitzubringen. Mögen bald an weiteren Grenzen die Zeugnisse eines ehrenvollen gerechten Friedens ausgerichtet werden. (Brandt)

Abg. Stühnke (Pole): Bei der einseitigen Informierung der deutschen Presse können wir Polen auf ein Verständnis unserer Lage nicht rechnen. In diesem Moment erzittert die politische Nation von oben bis unten von Schmerz und Entrüstung. Die uns gezeigten Vernehmungen, auch sonstige Verhören, sind uns gegenüber nicht gehalten worden. Und dann sagt man: Ja, wenn solche Reden von politischer Seite gehalten werden, kann von einer Verhinderung nicht die Rede sein. Man müßte aber sagen: Wenn solche Tatsachen von den Vertretern der Polen festgestellt werden können, kann man sich über die Stimmung der Polen nicht wundern. (Sehr wahr! bei den Polen.) Man gibt zu, den Polen gefolgt im Vertrage unrecht, aber höhere Interessen verlangen die Plättigung des Vertrages. Ich meine, das höchste Interesse ist die Wahrung von Freiheit und Recht. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die Tragödie der Polen war die größte in diesem Kriege, denn ihre Sagen waren durch die Dreierteilung Polens gezwungen, Landsmann gegen Landsmann zu kämpfen. Da ist es ein brutales Verlangen, die Polen sollten noch über die Dienstpflicht hinaus freiwillig ein Heer aufstellen. Das politische Volk und politische Land hat man in Brest-Litowsk als Handelsobjekt mißachtet. Und da spricht man von freier Selbstbestimmung der Völker. Man sollte doch offen betonen, wenn man sich sowohl fühlt, spricht man von Freiheit und Gerechtigkeit, wenn man sich aber sonst fühlt, pfeift man darauf. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die ganze Welt leidet nach Frieden und hier geht man offen daraus aus, neue Hebungsländer zwischen Polen und Ukrainern zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Der Abg. Bacmeister hat das in einer Verkündung des Vaterlandspartei ausdrücklich begrüßt. (Hört, hört! bei den Polen.) Das spricht für die Gewissung, die dahinter steht. (Sehr wahr! bei den Polen.) Auch an der Westgrenze Polens werden neue Annexionen erwogen. Man unterschätzt nicht die Erregung der Polen. Wir legen jetzt nicht vor Gott, vor dem Tribunal der Geschichte und vor der jüngsten Welt Prost ein gegen diesen neuen Gewestafft, die neue Teilung Polens. (Lebh. Brandt bei den Polen.)

Abg. Weicker (K): begrüßt den Vertrag und meint die Ausführungen des Vorredners als Übertriebungen zuviel. Ich befürwäre, daß der Abg. Scheidemann auch heute wieder von Kriegstreibern in allen Ländern gesprochen hat. In Deutschland gibt es keine Kriegstreiber. (Schallendes Gelächter bei den Ukrab. Soz.) Es ist unverantwortlich, daß Sie durch dieses Gelächter den Kunden, die verleumderisch solche Behauptungen verbreiten Material liefern. (Erneute große Unruhe bei den Ukrab. Soz.) (Zurufe: Vaterlandspartei!) Herr Cahn hat also die Stütze, hier behaupten zu wollen, daß dieser Krieg in Deutschland ausgefehdet worden ist. (Abg. Cohn: Jawohl! Zustimmung bei den Ukrab. Soz. — Großer Lärm und Zurufe rechts.)

Abg. Kehrenbach (Zentr.): begrüßt den Frieden als die Grundlage künftiger Friedensschlüsse und weist gleichfalls die Ausführungen des Abg. Stühnke als einseitige gehäfliche Darstellung zurück. Wir hoffen auf Frieden mit Russland. Wenn wir in Estland und Finnland einrücken, so tun wir das, um den Gransmäten, die jetzt dort verübt werden, ein Ende zu machen. Redner polemisiert weiter unter größter Unruhe der Polen gegen den Abg. Stühnke. Die Deutschen waren nie die Feinde der Polen, wohl aber die Litauer und Ruthenen, die von den Polen unter ihrer Herrschaft aufs schwere unterdrückt worden sind. (Lebh. Unruhe bei den Polen — Brandt rechts.) Polen die Polen etwa verlangen, daß Deutschland jetzt seine politischen Provinzen an ein künftiges Polentreich abgibt, von dessen Freundschaft zu Deutschland wir wirklich noch nichts gernkt haben. (Sehr wahr!) Das wäre doch eine zu unbegreifliche Dummkopfheit. (Lebh. Zustimmung.) Sie fordern dem Reichstag nicht vorwerfen, daß er die Polen ungerecht behandelt habe. Wer vor uns Gerechtigkeit verlangt, muß auch Verträge haben und darf nicht so großartig vorgehen. Was speziell das Cholmer Gefecht anbelangt, so ist ja im Friedensvertrag selbst eine Konsensurtheit durch eine gemeinsame Kommission vorgesehen. Über die Polen sind auch mit dieser Kommission nicht verhandelt, wenn sie nicht ganz aus Polen

befreit. Mit dem Bacmeister lassen Sie uns in Ruhe — solche Leute sollte man an die Kandare legen. (Heiterkeit.) Wollen Sie etwa verlangen, daß an der Cholmer Frage der Friede gesetzert wäre? (Zuruf bei den Polen: Das wäre nicht geschehen, hätte man die Polen zugezogen!) Wir haben den ehrlichen Willen, mit den Polen in aller Freundschaft zu leben. Wir werden die Freiheit und Selbständigkeit des künftigen polnischen Reiches wahren, aber man kann uns nicht zumuten, für unsere Feinde und für solche, von denen wir nicht wissen, ob sie es nach werden wollen, die Kosten zu zahlen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Wir können dem Vertrage mit der Ukraine nicht zustimmen (Lärm), weil er ein Versuch der Einführung in die Angelegenheiten anderer Völker ist und zwei Völker gegeneinander ausspielt. Welch enthalt der Frieden ein Unrecht gegen die Polen, die ohne auch nur fragt zu sein, eines Teiles ihres Landes beraubt werden. Wir können eine Politik nicht unterstützen, deren Absichten jetzt klar zutage liegen. Wir möchten im Osten, um das alte zum Untergang verurteilte kapitalistische Europa gegen die soziale Revolution zu kämpfen. Wir können einem Friedensvertrag nicht zustimmen, der einen Großballon an unserer Ostgrenze schafft und keine Friedensförderung darstellt, sondern neue Kriegsgefahren für die nächste Zukunft heraufbeschwört. Die Theorie von den baltischen Baronen, die sich nach Deutschland sehnen sollen, ist ganz falsch. Aus diesen Kreisen der Balten stammen die schlimmsten Träger der zaristischen Unterdrückungspolitik, die Reitentenkampf, die Mordwehr, die Kaukasis und so weiter. Sie denken erst jetzt an Deutschland, wo sie den Boden unter den Füßen verlieren. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Dabei hilft diese Barone nur eine verschwindende Minderheit, das Volk ist lettisch und estisch. Es handelt sich hier um eine Wiederholung der marokkanischen und albanischen Interventionspolitik. Dieser Frieden im Osten soll es ermöglichen, dem Westen den Machtfrieden aufzuzwingen. Durch die große Offensive, von der man schon seit Monaten spricht und der alles, was menschlich führt, nur mit Grauen entgegen sieht. (Sehr wahr!) Die sogenannten Hilfserufe aus Polenland sind nur Vorwände für längst beschlossene Amerikaner. Die Sympathieerklärungen des Rats von Flandern eröffnen die Aussicht auf Sonderfriedensbestrebungen mit Flandern. Aber diese unaufrechten Manöver! Das Rote Kreuz in Genf hat einen Appell an die Menschheit erlassen... (Rufe: Zur Soz!) Also kann die Deffensivseite auch non dieser Stelle nicht darüber unterrichtet werden. Wer sind die Stützpunkte des deutschen Friedens? Die Reichen. Die Armen zahlen den Reichen. (Lärm rechts. — Zurufe des Vizepräsidenten.) Bald darauf wird der Redner zum zweitenmal zur Sache gerufen. Er verlangt, hem Großen Vertrag erwidern zu können und will bei anderer Gelegenheit auf die Errichtungsgeschichte des Krieges zurückkommen. (Zuruf: In einer persönlichen Bezeichnung. — Heiterkeit.) — Es liegen im Westen schon Friedensangebote vor, die mindestens zur Grundlage genommen werden können. (Zuruf: Wo denn?) — Bei einer neuen Mahnung zur Sache färdert der Redner, gleich den Vorrednern über den allgemeinen Frieden sprechen zu können. — Er führt fort: Sie wollen nicht menschlich-freundlich verhandeln, sondern nach der einzigen Methode des preußischen Militarismus, indem mit der Faust auf den Tisch geschlagen wird. Sie mögen noch soviel Schüsse abfeuern, der Funken der russischen Revolution wird doch herüber springen. Ich segne den Tag, da die Völker ihre Geschilde gegen die Fürsten, gegen die Stadtmänner selbst in die Hand nehmen werden. (Lebhafte Beifall bei den Ukrab. Soz. — Großer Lärm rechts. — Zuruf: Landesverteidiger!)

Abg. Stresemann (Natl.): polemisiert gegen den Abg. Stühnke, den er einen Priester des Hasses nennt. (Große Unruhe bei den Polen.) Die Behauptung des Abg. Cohn, die estnischen Hilfserufe seien in Berlin gemacht, ist eine unerhörte Insinuation, die am besten widerlegt wird dadurch, daß jetzt estnische Regimenter mit den Deutschen kämpfen gegen ihre Unterdrücker. Aus der Rede des Abg. Cohn fliegt nur heraus das hämische Thatsachhaft Herabziehen alles Deutschen. (Sehr wahr!) Kein Wort reden Sie von den deutschen Opfern franco-englischer Gasangriffe und Fliegerbomben, aber wenn wir die letzte Kraft zusammenfassen, um den so oft angebotenen Frieden zu erkämpfen, da können Sie, verstehen dadurch den Krieg und besiegen unseren Feinden Material für ihre Verleumdungen. (Lebh. Zustimmung bei den Natl.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): polemisiert gegen den Abg. Stühnke, den er einen Priester des Hasses nennt. (Große Unruhe bei den Polen.) Die Behauptung des Abg. Cohn, die estnischen Hilfserufe seien in Berlin gemacht, ist eine unerhörte Insinuation, die am besten widerlegt wird dadurch, daß jetzt estnische Regimenter mit den Deutschen kämpfen gegen ihre Unterdrücker. Aus der Rede des Abg. Cohn fliegt nur heraus das hämische Thatsachhaft Herabziehen alles Deutschen. (Sehr wahr!) Kein Wort reden Sie von den deutschen Opfern franco-englischer Gasangriffe und Fliegerbomben, aber wenn wir die letzte Kraft zusammenfassen, um den so oft angebotenen Frieden zu erkämpfen, da können Sie, verstehen dadurch den Krieg und besiegen unseren Feinden Material für ihre Verleumdungen. (Lebh. Zustimmung bei den Natl.)

Abg. Stühnke (Pole): Ich habe hier für mein schwerbedrängtes Vaterland gesprochen. (Vizepräsident Dr. Paetsch: Sie sprechen hier als deutscher Reichstagsabgeordneter.) Sachlich werden wir beim Staat antworten. (Brandt bei den Polen.)

Der Friedensvertrag wird hierauf angenommen. Beide Verträge darauf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Polen und Ukrab. Soz.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Rechnungssachen, kleine Vorlagen.)

Schluß 8½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus der Reichstagsfraktion.

Die Sozialdemokratische Fraktion bestimmt als Redner für die Wahlrechtsvorlage die Abg. Grabenauer, Keil und Wels; zum Stot sprechen die Abg. Scheidemann und Landsberg.

Alldeutsche Meinungen zum deutschen Vormarsch.

Die alldeutsche Presse tritt allgemein für eine Fortsetzung des Vormarsches im Osten ein, die „Kreuzzeitung“ mit folgender Begründung:

Deutschland kann nicht dulden, daß die bolschewistische Agitation für eine Revolution der ganzen Welt über unsere Front hinüberschlägt.

Danach folgt die „Kreuzzeitung“ den jetzigen Einmarsch in Rußland etwa als Parallele auf zu dem Einmarsch der Preußen und Österreich vom Jahre 1792 ins revolutionäre Frankreich, der mit Valmy und Jemappes endigte. Vielleicht findet sich in den alldeutschen und vaterländischen Partei-Neuen auch ein Herzog, der das Monstros des Herzogs von Braunschweig gegen die Fabrikarbeiter so modernisiert, daß es auf die Bolschewiki paßt — es braucht ja nicht gerade ein Herzog von Braunschweig zu sein.

Die freikonservative „Voss“ schreibt zu Trotskis Friedensvorschlag:

Ein ganz unmöglicher Standpunkt wäre es, wenn sich der Bierkund und insbesondere des Deutschen Reich nun einfach ohne weiteres auf den russischen Vorschlag einlassen wollte. Daraus kann gar keine Rede sein! Schon aus rein militärischen Gründen brauchen wir erst ein bestimmtes Ergebnis der eben begonnenen neuen Operationen; die Oberste Heeresleitung hat darüber zu entscheiden, bis zu welchem Punkte sie durchaus unablässig durch politische Quertrieber der Magistraten zu bleiben wünscht.

Will die „Voss“ sich nicht etwas deutlicher ausdrücken, welches „bestimmte Ergebnis“ sie meint?

Österreich-Ungarn.

Zur österreichischen Abgeordnetenhans erklärte Abg. Hauser, der Kaiser habe ihm gezeigt, daß es ihm größte Sorge bereite, den Krieg fortzuführen zu müssen, und daß er nichts lebenswichtiges wünsche, als die Friedensverhandlungen so bald wie möglich nach Seite zu sichern. Gegen-

über den gestrigen Reden der polnischen Abgeordneten wird Ministerpräsident Dr. v. Seidler unter lebhaftem Beifall auf der Linken mit aller Stärke die Angriffe gegen das Deutsche Reich zurück, die bereits gestern von schwedischer Seite des Hauses ihre Kennzeichnung erfahren. Diese Angriffe wirkten für die Kriegsverlängerung, indem sie den Kriegsgegnern im gegnerischen Lager Argumente gegen die Geschlossenheit der Mittelmächte liefern. Gott sei Dank liege unter Bertholini zu unserem herrlich bewährten Verbündeten für alle Zeit und namentlich im Fieber des Weltkrieges zu hoch und zu fest, als daß solche Quertriebereien an seiner Klarheit, Wärme und Innigkeit zu röhren vermöchten.

Ernährungsfragen.

Wer ist schuld am Gemüsewucher?

Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands hat eine längere Denkschrift über die Verhältnisse im Gemüse- und Obstbau an das Kriegernährungsamt und die Reichsstelle für Gemüse und Obst gerichtet. Darin wird u. a. einleitend betont, mit Recht meines in den Kreisen der Verbraucher über Obst- und Gemüsewucher geklagt, aber die Schuld liege keineswegs am gärtnerischen Erzeuger. Die hohen Preise, die der Verbraucher zu seinem Nachteil bezahlen muß, fallen ausschließlich der Reichsregierung zu Lasten der Gemüse und Obst sowie dem Handel, nicht aber dem Erzeuger zur Last.

Weiter wird ausgeführt, daß in der Zentralstelle die sachliche Beratung und deren Einfluss sehr zu wünschen übrig läßt, in noch erhöhtem Maße bei den nachgeordneten Stellen, namentlich bei den Preiskommissionen. Sehr eingehend beschäftigt sich die Denkschrift mit der Frage der Höchstpreise. Diese müßten mehr den lokalen Verhältnissen angepaßt sein, es gehe nicht an, für große Bezirke, in denen die Verhältnisse durchweg verschieden seien, einheitliche Höchstpreise festzusetzen. Die Höchstpreise müßten so geregelt werden, daß dem gärtnerischen Gemüse- und Obstzüchter grundsätzlich die Kleinhandelspreise bei dem Verlauf an den Verbraucher, bei dem Verkauf an den Kleinhändler aber die Großhandelspreise zugestellt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß am 1. November in Berlin für Weizkohlen der Erzeugerpreis auf 4 Mark, der Kleinhandelspreis dagegen auf 12 Mark für Mohrrüben der Erzeugerpreis auf 7 Mark, der Kleinhandelspreis auf 16 Mark, für Grünkohl der Erzeugerpreis auf 7,50 Mark, der Kleinhandelspreis auf 19 Mark festgesetzt wird. So findet der Erzeuger, obwohl er viel größere Mühe und Arbeit hatte, am allerwenigsten eine genügende Entlohnung. Endlich geht die Denkschrift auf die geradezu unglaublichen Summen, die auf dem Samenmarkt und dem Samenhandel bestehen, ein. Es heißt darin u. a.: „Dem Bucher ist für uns Todesgruß, an den Überschreitungen der Höchstpreise beteiligten sich Behörden und staatlich eingerichtete Stellen.“

Der Verband der Handelsgärtner stellt eine Reihe von Fortsetzungen auf, u. a.: Standige Hinziehung von technischen Beiträgen mit befriedigender Stimme zu den Beratungen der Reichsstelle, bessere Vertretung bei den Untergruppen. Besserung der Preisfestsetzung an lokale Verhältnisse. Verbesserung der festzuhaltenden Erzeugerbezirke. Grundsätzliche Jubiläumsfeier der Kleinhandelspreise an die gärtnerischen Gemüseerzeuger und Kleinbauern bei Verkäufen an Verbraucher. Jubiläumsfeier der Großhandelspreise bei Verkäufen an den Kleinhändler, keine Höchst-, sondern Richtpreise. Zweckmäßige Verteilung der Vorräte an Konkurrenzarten.

Gegenüber der Behauptung, die Reichsstelle für Gemüse und Obst sei schuld an dem Gemüsewucher, wird diese natürlich entkräften, sie sei vollständig kausallos. Der Handel wird beweisen, daß auch ihn die Schuld nicht trifft. Der Erzeuger beschwert, wenn's darauf ankommt — dasselbe. Und so sind sie alle schuldlos an den Wucherpreisen. Es kommt noch so weit, daß man den Konkurrenten die Schuld an den Wucherpreisen beimischt.

Aus der Partei.

Bon der amerikanischen Parteipresse.

Seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg erhalten wir fast alle amerikanischen Zeitungen mehr. Nur ausnahmsweise verzerrt nach unserer Redaktion eine Nummer dieses oder jenes Blattes. Diesmal ist es der „Appeal to Reason“, das am meisten gelesene sozialistische Wochenblatt der Vereinigten Staaten. Die Nummer ist vom 22. Dezember 1917. Wir haben das Blatt nicht wiedererkannt. Aus einem mit kurzen, inhaltsreichen und unterhaltsamen sozialistischen Artikeln, Anecdotes und Sprüchen gefüllten Blatt ist es zu einem Kriegsorgan Wilsons geworden. Es heißt nicht mehr „Appeal to Reason“, es nennt sich jetzt: „The New Appeal“. Herausgeber und Redakteure tragen jedoch denselben Namen wie früher; sie sind äußerlich dieselben geblieben.

Sämtliche Artikel stellen Deutschland als den Angreifer von Alliierten und Amerika als die Verteidiger des Demokratie und die Bahnbrecher des Sozialismus. Als Beweis wird folgende Gegenüberstellung der Friedensbestrebungen Deutschlands und Amerikas gezegeben:

Demokratie gegen Imperialismus.

Wilson an das deutsche Volk: Kaiser Wilhelm Friedensangebot an Russland:</

hütter Arbeitszeit gearbeitet. Um den Arbeitern für den erzielten Kinderverdienst einen Ausgleich zu bieten, gewährt die Direktion eine Kriegssteuerungszulage von 4 Mk. pro 14-tägigen Zahltag und eine Kinderzulage von 3 Pfennig pro Arbeitsstunde. Obwohl das Unternehmen einen sehr günstigen Geschäftsabschluss zu verzeichnen hat — es verteilt bei reichlichen Abschreibungen und Rücklagen 10 Prozent Dividende — wurde den Arbeitern vor einiger Zeit, nachdem inzwischen ein Wechsel in der Betriebsleitung eingetreten war, sowohl die Kriegssteuerungszulage wie auch die Kinderzulage entzogen. Der Verzug der Arbeiter, die Direktion zur Rückgewinnung machte dieser Maßregel zu verlassen. Dies erfolgte, so daß sie den Beschwerdeweg zum Schlichtungsgericht begaben. Nach mehrstündiger Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß erließ dieser folgenden Schiedsspruch: „Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Lohnsätze der Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg nicht niedriger sind, als jene in anderen ähnlichen Betrieben in Augsburg, so bleibt doch anderweitig die Tatsache bestehen, daß die Arbeiter der Baumwollspinnerei wegen nicht immer vorhandener drossler Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit nicht imstande sind, die in der Lohnaufstellung pro Zahltag ausgewiesenen Beträge regelmäßig zu verdienen. In Abrechnung der noch bestehenden außerordentlichen Teverungsverhältnisse wird der Direktion der Baumwollspinnerei am Stadtbach dringend beigelegt, bis zum Wiedereintritt geordneter Arbeitsverhältnisse und günstigeren Lebensbedingungen die bisher freimäßig gewährten Teverungs- und Kinderzulagen weiter zu beibehalten.“

Höchst einfach! Die Gemeindenorthe, die den genügsamsten Mittelpunkten, die mehr Kartoffeln verbraucht haben als ihnen eigentlich erlaubt ist, einfach den Rest der Vorräte wegnehmen wollen, werden noch übertrumpft durch die Firma Meißner und Grafe A.-G. in Landshut, die ihren Arbeitern auf die Fortdauer einer Lohnerhöhung mitteln: „In Ihnen, die Fortdauer einer Lohnerhöhung begründenden Ausführungen vom 3. November 1917: „Je länger der Krieg dauert, desto knapper stehen die Lebensmittel und Bedarfsartikel zur Verfügung, um so höher steigen die Preise dafür.“ Es zu bemerken, daß gerade die „Knappheit“ und Rationierung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel auch wiederum durch die Beschränkung, die sich dadurch jeder aufzulegen muß, die Teverung nicht in solchem Maße fühlbar macht, wie man aus einem rein ziffernmäßigen Vergleich der Wertepreise vor und während des Krieges annehmen sollte.“ Logischerweise müßten die Unternehmer es als Vorausstand für die Arbeitnehmer, wenn die Knappheit aller Lebensmittel und Bedarfsartikel einen solchen Grad erreichte, daß die Arbeiter sich überhaupt nichts mehr kaufen, also auch ebensogut umsonst arbeiten könnten. Wir befürchten allerdings, daß die Erreichung dieses Ziels an der Unmöglichkeit der menschlichen Natur besteht wird, ähnlich wie bei jener Ziege, der die Frau das Fressen abgewöhnen wollte: Als sie es beinahe konnte, starrt das dumme Tier. Es ist aber wohl auch nicht unbehoben zu fragen, ob die Altenbeißer der Meißner u. Grafe A.-G. sich mit den knappen Rationen begnügen und durchaus nicht mehr kaufen als ihnen eigentlich zusteht, oder überlassen sie die Vorteile der Knappheit und der Rationierung großmütig ihren schlecht entlohnten Arbeitern?

Wirtschaftliches.

Reißende Industrien. Zu den Industrien, deren „Rücklage“ von den Interessenten fortwährend und laut in die Welt ausgespielt wird, gehören die Zündholzfabriken. Tatsächlich haben die Unternehmer es endlich geschafft, daß sie auf Kosten der Konkurrenten die Preise für ihre oft sehr minderwertigen Erzeugnisse ganz gewaltsig in die Höhe hinausdrücken. Wie es mit der Fabrik in der Rundholzindustrie steht, beweist der Rechtsanwalt der „Bericinaten Rundholz- und Maschinenfabrik Nation“ in Augsburg, einer der ersten Betriebe auf diesem Gebiete in Deutschland. Die Betriebsfahrt verlief 1917 nach Angabe der gelehrten Sonderauskunft der Kriegsgewinnprüfer, nach reellen Abschreibungen und Rücklagen eines Steigerumsatzes von 349 643 Mk. und ist in der Lage, die Dividende von 25 auf 30 Prozent zu erhöhen. Dagegen werden nur 458 336 Mk. auf neue Rücklagen vorgearbeitet.

Eine ähnliche „reißende“ Industrie ist die Rauchwarenproduktion. Die Preise für Zigarren und Zigaretten sind insbesondere gestiegen, ungeschickt beschreibt sie die Produktionsformen aufsehenerregend habe gerundet sind. In Wirklichkeit kommen die Unternehmer nicht bloß auf ihre Rechnung, sondern sie können auch noch einen erhöhten Gewinn erzielen, wenn sie aus dem Geschäftsjahr für 1917 der Betriebs- und Maschinenfabrik „Grazing“ bei Augsburg berichten. Nach den zeitlichen Rückführungen und Abschreibungen beträgt der Umsatz einer Steigerung von 747 496 Mk. noch 1 058 200 Mk. Daraus kommt, wie im Vorjahr werden auch dieses Jahr 20 Prozent Dividende ausgeschüttet. 1 223 000 Mk. gelten als Rettung auf neue Rücklage.

Wie heraus erfuhrlich, kommen auch die „reißenden“ Industrien auf ihre Rechnung. Es wäre übrigens ein auskömmliches Bild, wollten wir nicht erwähnen, daß in den beiden genannten Betrieben die Sozial- und Arbeitsverhältnisse weit unter dem sozialen Durchschnitt liegen.

Für unsere Feldgräben.

Die Rantzeugeber für die Mannschaften. Schläge aus Mitteilungen über die Bekämpfung von Käfern in den Feldern, die er nun Kriegerin schuf, hat der Kaufmann Heinrich Rantzeus aus Berlin. Dr. Sauer, der Staatssekretär des Reichs-Marine-Kommissariates und nur ihm bisher zugehörigen Bereich erläutert:

Berlin, 14. Februar 1918.
„Der Kriegsministerium gesetztes Kommando vom 1. November 1917 über Angriffsrichtungen bei den Mannschaften der Truppen um befreit zu unternehmen, daß eine die Marinekriegerinnen berührende Wissensgabe über Bekämpfung von Käfern gegeben für Mannschaften bei der 4. Armee 1. Soz. 1. Heimatbrigade.“

Heute erhalten Sie die angekündigte Wissensgabe, daß die Marinekriegerin die wünschbare Verteilung von Mannschaftsmannschaften gründlich für 1918 erledigt, weil keinerlei Fehler für eine zweite Kriegsperiode bleiben mögen. Die Dienststellen und im Stand der vorliegenden Abschreibungen bereits vorsichtig verarbeitet werden.“

Damit hat die Reichsmarinaverwaltung eine klare und unzweideutige Entscheidung im Interesse der Mannschaften getroffen, die hoffentlich allen Überständen und Missverständnissen bei der Verwendung von Käfigengeldern ein Ende macht.

Überprüfung und überzählige Unteroffiziere.

Die Anzahl der Unteroffiziere ist für jede Kompanie, Eskadron oder Bataillon im Stat genau festgelegt. Über diese etatmäßige Zahl hinaus dürfen im Kriege solche Unteroffiziere befördert werden, die aus dem Beurkundeten zur Einberufung gelangen oder die freiwillig eintreten, ferner solche, die von anderen Truppen überwiesen werden und endlich solche, die nach Erledigung und Wiederbeschaffung ihrer Stellen zurückkehren. So muß z. B. ein etatmäßiger Unteroffizier, der verwundet war und dann wieder zu seinem Truppenteil zurückkehrte, natürlich als Unteroffizier gelöhnzt werden, auch wenn keine etatmäßige Unteroffiziersstelle frei ist. Er gilt in diesem Falle als überaplannmäßig. Anders steht es mit den überzähligen Unteroffizieren, sie müssen warten, bis eine etatmäßige Stelle frei ist, erst dann kann ihnen die Löhnung als Unteroffizier gezaubt werden. Dieser Umstand hat zu großen Unzufriedenheiten geführt, die auch im Reichstage mehrfach zur Sprache gebracht worden sind. Es kommt vor, daß Unteroffiziere im Felde seit Jahr und Tag diesen Dienstgrad bekleiden, aber nicht in den Genuss der Unteroffizierslöhnung kommen können, weil aus der Heimat immer wieder etatmäßige Unteroffiziere nachgeschoben werden, so daß die Überzähligen nicht die Möglichkeit haben, in eine etatmäßige Stelle einzutreten. Diesem Nebstand würde leicht dadurch abzuheben sein, daß solange kein etatmäßiger Unteroffizier vom Erstgruppenstab angefordert werden darf, als sich noch überzählige Unteroffiziere bei der Feldtruppe befinden. Angeregt wurde das schon oft, geschehen ist es leider noch nicht.

Dabei sei ausdrücklich festgestellt, daß ein Recht auf Beförderung nicht erfordert. Wegen Nicht-Beförderung ist eine Beschwerde ganz unmöglich. Die Bestimmungen über die Beförderung der Unteroffiziere im Kriege sprechen nur immer davon, daß befördert werden dürfen, das heißt also jeden Anspruch auf Beförderung aus. So dürfen befördert werden nach zweijähriger Dienstzeit: Hilfsmuster bei planmäßigen Abschüssen mobiler Formationen zu Unteroffizieren; nach 5½-jähriger Dienstzeit in planmäßigen Stellen beförderte Unteroffiziere zu Sergeanten; nach 9jähriger Dienstzeit in planmäßigen Stellen befindliche Sergeanten zu Vizefeldwebeln, aber sie müssen sich dazu befördert werden. Als Ausgleich erhalten sie dann die Gehübnisse dieser nächsthöheren Stelle. Bei Unmöglichkeit können auch die höheren Gehübnisse verweigert werden. Handwerker und Offiziersburden dürfen zu Unteroffizieren überhaupt nicht befördert werden, ebenso ist die Verwendung von Unteroffizieren in solchen Stellen nicht zulässig. Eine Ausnahme bildet nur die Beförderung der Handwerker als Handwerkmeister oder Oberhandwerker. Ehemalige Offiziersburden können nur dann zu Unteroffizieren befördert werden, wenn sie in den Frontdienst zurückgetreten und dort wiederlett mindestens einem halben Jahre Dienst getan haben.

Bei der Beförderung ist für die Reihenfolge keineswegs das Dienstalter unbedingt maßgebend. Es hängt ganz von dem Erringen des Vorgesetzten ab, ob er einen Mann befördern will oder nicht. Beförderungen von Unteroffizieren nur zu dem Zweck, um Ihre Beförderung oder Einführung in planmäßige Stellen zu ermöglichen und ihnen die damit verbundenen höheren Gehübnisse zuzuwenden, sind nicht statthaft.

Aus dem Gerichtsaal.

Die Schandliteratur. Als Löwe zu befragende Folge der Schandliteratur wurde vor der Strafkammer in Hannover ein Soldat angeklagt, der von dem 17-jährigen Mechanikerlehrling Robert Graebel aus Roden a. d. L. am 26. August a. J. an seinem Schreibtisch, dem 19-jährigen Mechanikerlehrling August Eisele ausgedemmt wurde. Amelius Graebel vertheidigte Geschworenen als Sohn, Bruder, Held, Schützenmeister, Revolver und ebensolche Sachen. Der aufdringlich mit abenteuerlichen Deen völlig durstete Angeklagter, der noch dazu nach dem Gutachten des Richters einen arbeitslosen Wendertritt in sich hatte, sollte unter allen Umständen sich dieser Sachen hemmungslos ausgenützen. Seine folgenreichen Gefahrzweck waren wissenschaftlich herabgestuft durch das zumindest die Losen der Indianergeschichten und anderer Schandliteratur-Geschichten. Um sich in den Bereich des militärischen Ausbildungsgenossenschaften von Amelius zu halten, suchte der Angeklagte diesen nach der Leinenstraße zum gemeinschaftlichen Treffpunkt der Gedanken. Dabei gab er einen Revolver auf den Hinterkopf seines Freundes S. a. S. und wurde sofort gefangen gesetzt und führte zu Boden. Dann setzte der Angeklagte es mit der Flinte auf den Unterkiefer und gab noch einen zweiten Schuß auf seinen Freund ab, der dem S. in die Schläfe drang. Das Gericht erkannte wegen Rodes und Petras auf eine Gewalttat von sieben Jahren eine Waffe gegen.

Aus Nah und Fern.

Tobakfeldbau und Markt. Im Mittwoch wurde in der im ersten Stockwerk des Oberstücks des Bremer Straße 46 zu Berlin belebten Wohnraum die 31 Jahre alte Frau Eva Dittmann, deren Mutter der 37 Jahre alte Schlosser Otto Börner aus Stettin, und der Städterin Sophie Alfred, der ersten tot aufgefunden. Die kriminellen Personen war der Tod durch Leuchtstoffzersetzung eingetreten. Nach hinterlassenen Aufzeichnungen handelt es sich um einen im eigentlichen Unternehmen vorgekommenen Selbstmord. Das Kind batte sie mit in den Tod gebracht.

Cryer des Eis. Der am Realcomptoir zu Friedenau arbeitende Schuhmacher Höflich in Wilmersdorf, Rothenheimer Straße 24, ist beim Überqueren des angelegten Stechen-Sees, beim Dorf Suckow (Pug. Bez. Potsdam) eingetroffen und ertrunken.

Stadt 100 000 Marken hat zweckmäßig bei der preußischen Obersteuerdirektion bestellt.

Steuerprüfung von Direktoren der Mannesmann-Werke. Schon seit einiger Zeit wurde gegen die Leitenden Personalkräfte der Mannesmann-Waffen- und Munitionsfabriken in Remscheid ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingestellt, das zur Verhaftung des Generaldirektors Adels führt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, doch kann als erwiesen erachtet werden, daß Adels bedeutende Summen seines Einkommens und Vermögens der Steuerbehörde versteckt hat. Sein erzielbares Vermögen wurde beschlagnahmt.

nahm. Direktor Zillner hat ebenfalls Steuerhinterziehungen in großem Maßstabe begangen. Seiner Verhaftung hat sich dieser durch Selbstmord entzogen.

Für 35 000 Mark Deinen beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei in Bielefeld beschlagnahmte für 35 000 Mark gefärbte Leinen, die der Kutscher einer Försterin, statt sie auf die Bahn zum Bernd zu bringen, an einen Friseur für 15 000 Mark verkauft hatte. Der Kutscher ist mit 7000 Mk. noch Holland geflüchtet.

Weinen vorsetzter Eisenbahnräberen wurden in Elberfeld 32 Eisenbahnräber, meist aus Bohmien, einige von Elberfeld, verhaftet oder zur Untersuchung gezogen.

Raubmord. In Berlin wurde die 50 Jahre alte Händlerin Ackermann von ihrem Sohne ermordet in ihrem Zimmer aufgefunden. Eine Brieftasche mit einer wahrscheinlich nicht unerheblichen Geldsumme ist der Toten geraubt worden.

Schieben mit Mehl. Im Landkreis Hanau sind ungewöhnliche Messerstechungen aufgetreten. Der mit der Lebensmittelverteilung betraute Kreisbeamte Walther hatte ancheinlich ausländisches Mehl angekauft, das aber teils auswärtis, teils im Landkreis Hanau selbst erworben und zu hohen Preisen an die Landgemeinden abgegeben wurde. In den Gewinn teilten sich Walther und dessen Helfer. Walther wurde verhaftet.

Mit Speck fängt man Mäuse. In Thrinshausen (Kreis Kassel) waren am letzten Sonntag alle Mäuse auf den Beinen und ruhten sich und schliefen sich und holten das Beste und Schönste aus den verborgenen Truhen. Der Bürgermeister batte für den Nachmittag ausnahmsweise ein ... Tanzchen ausgestattet! Sie laufen alle und warteten der Tänzer und der Musikanter. Es wurde vier Uhr, aber niemand erschien, der zum Tanz aufspielte. Eine Viertelstunde später kam der Bürgermeister selbst, stolz hinter sich die Saftstube und musterte all die feistlich gekleideten Mäuse. Er kannte sie ja alle von Kindesheimen an. Als das aufflammte war, teilte er mit, daß aus dem Tanzchen nichts werde, und betrübt zog die Schönen von dannen. Die Lösung des Tanz-Rätsels ließ nicht lange auf sich warten. Am andern Tage zog der Bürgermeister mehrere Belegschaften zur Lücke, die er aufgestellt hatte, und all die Mäuse, die noch zu ihm kamen und klagten, daß sie „ein garnichts anziehen“ hätten, mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Deswegen hatte gerade der kluge Dorf gewaltige das Tanzchen einberufen, das nicht stattfand. Es war die einwandfreiste ... Bestandsaufnahme!

Einen schrecklichen Tod hat, wie jetzt bekannt wird, bei dem durch Dammunterlösung verursachten Eisbahnunglück bei Rixen an der Nahe Leutnant Theodor Gisig aus Göppingen gefunden. Er befand sich in dem verunlückten Zug auf einer Dienstreise und wurde liegend von dem Unglück überrascht. Die Wagen wurden hierbei ineinander geschoben und Gisig zwischen den Trümmern eingeklemmt. Trotz schwerer Verletzung war er bei Bewußtsein und mußte sehen, wie das Hochwasser der Nahe höher und höher stieg, ohne daß ihm Rettung gebracht werden konnte. Ein mit ihm fahrender Unteroffizier war an den Füßen eingeklemmt, kam aber im letzten Augenblick frei und konnte gerettet werden, während Gisig in hilfloser Lage das Wasser höher und höher steigen sah und schließlich den Ertrinkungstod fand.

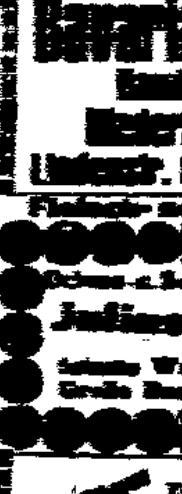
Allerlei Wissenswertes.

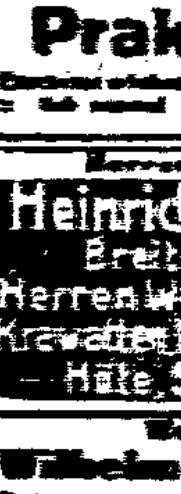
Russische Gewässer, die im Winter nicht zufrieren.

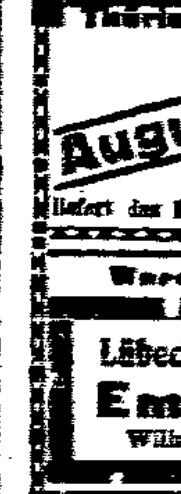
Der russische Winter ist wegen seiner Strenge bekannt. Selbstverständlich gibt es nun in Russland eine ganze Reihe von Gewässern, stehende und fließende, die trotz schneidender Kälte nicht zufrieren. Dr. B. Brandt (Berlin i. d. Mark) hat im Winter 1916/17, der besonders streng war und Temperaturen bis zu 38 Grad unter Null brachte, in dem weiten, von der Memel und vom Serwisch durchlöschten Illuvialboden mit seinen diluvialen Hochflächenrändern eine Reihe wertvoller Beobachtungen über solche nicht gefrierende Gewässer gesammelt, worüber er in den bei Julius Springer in Berlin erscheinenden „Naturwissenschaften“ berichtet: Im Januar und Februar des vorigen Jahres war der Serwisch trotz kalter Kälte innerhalb einer vier Kilometer langen Strecke beständig offen oder doch nur von einer ganz dünnen, immer wieder schwundenden Eisdecke bedekt. Er erhielt Zufluss durch eine Anzahl in verschiedener Höhe des Gezeitenganges austretender Quellen. Die eine zeigte bei der Lufttemperatur von 13,7 Grad Kälte 3,7 Grad über Null, ihre Wassermenge war nur gering und vermehrte sich erst, als das Frühlingstauwetter einsetzte; das Wasser einer anderen Quelle war nur wenig wärmer als Null Grad und gefror bald nach dem Austritt; eine dritte, sehr kräftige Quelle, die Szwajatina-Quelle, die im Sommer wegen ihres sehr kalten Wassers geschätzt war, wies im Februar bei 6,2 Grad unter Null Lufttemperatur 7,5 Grad Wärme auf! Der Mühlsteich, zu dem ihr Ablauf angestaut war, brachte es niemals über den Beginn einer Eisbildung am Rande; bei einer Lufttemperatur von 6 Grad unter Null mag sein Wasser wie auch der abfließende Mühlbach etwa 6 Grad Wärme. Da die chemische Analyse des Wassers nichts Besonderes ergab, muß die reichhaltige Wärme der Quelle auf der tiefen Lage des Quellhorizontes unterhalb der Zone schwankender Bodenwärme beruhen. Die Szwajatina-Quelle war es, die in erster Linie den Serwisch offen hielt und eine fast beständige Nebelsbildung innerhalb der nächstfolgenden Flusstädteln hervorrief. Solche warmen Quellen sind im westrussischen Landstrichen weit verbreitet, und auf ihrem Vorhandensein muß das Öffnenbleiben von Flüssen beruhen. Unter den stehenden Gewässern sind es in erster Linie die Quellen, die nur unvollkommen zufrieren. Außerhalb der sumpfigen Niederungen sind stehende Gewässer selten, und der einzige mögliche Hochflächensee im westrussischen Landstrichen ist der Oserow-Swites, ein kreisförmiges Becken von etwa 1½ Kilometer Durchmesser, das den höchsten Teil einer ausgedehnten Bodenerhebung einnimmt, überwiegend ganz flache Ufer hat und oberflächlich weder einen Zu- noch einen Abfluß besitzt. Bei der strengen Kälte des Januars — beträgt 20 Grad unter Null — sollten Völker in der Eisdecke gefangen und der See aufgelöst werden. Die Eisdecke erwies sich jedoch als moros und brüchig, unter ihr betrug die Wassertemperatur 0,6 Grad über Null, und es fielte sich heraus, daß das Eis überall nicht glasartig gefroren hatte, sondern zerstört, matt glänzend oder gelblich wie altes Eis war und sich sofort in einen wässrigen Brei verwandelte. Die Sicherheit war wenig über Null Grad liegende Temperatur des oberflächlichen Grundwassersstromes, der den See speist, genügte also, die Ausbildung einer soliden Eisdecke zu verhindern.

Beramtortlicher Redakteur: Johannes Stelling. **Berleger:** E. Schmitz. **Druck:** Friedr. Meyer & Co. **Gemischt in Löbeck.**

Bräu in Wahrheit.
Hans-Brauerei AG.
Lübeck.
Trinkt Lübecker Vereins-Brau.


Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Moorweg 100
Unterh. 200 Tel. 27.27.


Praktischer Wegweiser
ausführ. Gesellschaft

Heinrich Waller
Brotkasten
Herrenwäsche
Krawatten
Hut
Schuhe
Julius Schäfer
Brotkasten
Herrenwäsche
Krawatten
Hut
Schuhe
Wilhelm Baichtold
Unterh. 200 Tel. 27.27. 1000
Geldstücke
Brotkasten
Herrenwäsche
Krawatten
Hut
Schuhe

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere
G. m. b. H.
 liefert das Fleisch in einer Wurstware.
Wurstfabrikation
Lübecker Wurstfabrik
Emil Aland
wur. Schmidt Kochf.


Kamer bewerben
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktien-Brauerei Lübeck
Eutin
Mewis-Mühle, Mühlentafelkale
Batzburg
Altzburger Aktien-Brauerei
